

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Peter Glotz  
Systemüberwindende  
Reformen?

Otto Matzke  
Der Widerspruch  
zwischen Handels- und  
Entwicklungspolitik

B 17/72

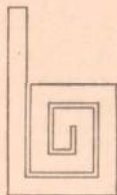
22. April 1972

Peter Glotz, Dr. phil.; M. A.; geb. 1933. Seit 1963 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München. 1969/70 Konrektor der Universität München. Seit 1970 Mitglied des Bayerischen Landtags (SPD); Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission. Mitglied des Präsidiums der SPD in Bayern.

Veröffentlichungen u. a.: Versäumte Lektionen — Entwurf eines Lesebuchs (mit W. Langenbucher, 1971<sup>3</sup>) Mobilisierung der Demokratie (mit W. v. Knoeringen u.a., 1966) Der mißachtete Leser — Kritik der deutschen Presse (mit W. Langenbucher, 1968) Buchkritik in deutschen Zeitungen, 1968, Kommunikationssoziologische, kommunikationspolitische und politikwissenschaftliche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften, Sammelwerken und Lexika.

Otto Matzke, Dr. jur., Dipl.-Volkswirt, geboren 1911 in Luckau (Lausitz); Direktor der Project Management Division, UN/FAO World Food Programme, Rom.

Veröffentlichungen u. a.: Hunger und Überschuß. Überschußproblem und Welternährung (Die Rolle der Nahrungsmittelhilfe), Deutsche Welthungerhilfe, Bonn 1969; Plündern die Reichen die Armen aus? — Die entwicklungspolitische Bedeutung der Rohstoffe, Reihe PROBLEM Nr. 1, Aktion für Entwicklung und Partnerschaft (Deutsche Welthungerhilfe, Bonn); zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätze, vor allem in der Neuen Zürcher Zeitung, über allgemeine entwicklungspolitische Themen, Welternährung, Nahrungsmittelhilfe, Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels; Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Systemüberwindende Reformen?

## Strategische Überlegungen zur Technik von Machterwerb und Machterhalt in der Bundesrepublik Deutschland

### I. Vorbemerkung

In der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt es — zumindest hört man es so aus allen Massenkommunikationsmitteln — zwei Flügel: einen sozialistischen und einen reformistischen. Natürlich ist dies eine vom weit entfernten Standort der Beobachter herrührende gewaltige Untertreibung: Die Gruppierungen dieser Massenpartei sind viel zu vielfältig, als daß man sie einfach in zwei Heerlager aufteilen könnte; im übrigen ist zumindest die Behauptung, es gebe eine reformistische Fraktion, purer Aberglaube. Zwar hat die linke Minderheit alle anderen bisher zu einer Mehrheitsfraktion zusammengezwungen. Daß diese Mehrheitsfraktion aber wirklich durch ein Konzept — und gar durch einen reflektierten Reformismus — zusammengehalten würde, ist nichts als Propaganda.

Wie dem auch sei: es ist jedenfalls nicht zu bezweifeln, daß es in der SPD heute eine Gruppierung gibt, die auf Parteitag eine feste Mannschaft von ca. 80 Delegierten auf die Beine bringt, und deren einflußreichste Fraktion eine bestimmte Gruppe um den Bundesvorstand der Jungsozialisten sein dürfte. Diese Gruppe diskutiert seit langem ein Konzept „systemüberwindender Reformen“ bzw. „antikapitalistischer Strukturreformen“ für die Bundesrepublik, auf das die Gesamtpartei zwar mit Schrecken, nicht aber mit qualifizierten Antworten reagiert hat <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Es gibt — außer verstreuten Äußerungen verschiedener Parteiführer — eigentlich nur zwei Versuche zusammenfassender Würdigung: die in Broschüren veröffentlichten Antworten des Parteivorstands auf die Münchner und Bremer Beschlüsse der Jungsozialisten. Diese Antworten gehen aber über eine Wiederholung der seit 1959 bekannten Thesen zu Marktwirtschaft, Volkspartei, Parlamentarismus etc. nicht hinaus und sind ganz und gar nicht in der Lage, der emotionalen Durchschlagskraft neomarxistischer Formeln etwas entgegenzu-

Genausowenig bezweifelt werden kann überdies, daß die Konservativen sich daran machen, dieses Konzept zum Hauptthema ihres Bundestagswahlkampfes im Jahre 1973 zu machen. Ob sie mit dieser Taktik Erfolg haben werden, kann heute niemand voraussagen. Wie auch immer: eine ernsthafte, von tagespolitischen Rücksichten freie Diskussion dieses Konzepts ist unbestreitbar notwendig.

Obwohl ich diese Notwendigkeit klar sehe, ja sie sogar immer wieder selbst betont habe <sup>2)</sup>,

setzen. Vgl. J 1 und J 2, Stellungnahmen, Reihe Jugend, Heft 1 und Heft 2; Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn.

Auch der erste Ansatz einer neueren Diskussion in der Neuen Gesellschaft 1/1972, S. 60 ff., ist noch unbefriedigend. Immerhin gibt es bei Herbert Ehrenberg (Blick zurück nach vorn, S. 60 ff.) erste tastende Versuche einer historischen Analyse des Reformismus und bei Dieter Bauer (Weißer Riese Krise, S. 64 ff.) ein richtiges Gespür für die Thematik: das Thema Krise ist in der Tat zentral und verdient eine ausführliche Diskussion. Nur sollten sich die kritischen Diskutanten den amüsiert überlegenen Ton abgewöhnen und endlich damit aufhören, ständig mit der (sicherlich richtigen) Erkenntnis hausieren zu gehen, daß die sozialwissen-

#### Otto Matzke:

Der Widerpruch zwischen Handels- und Entwicklungspolitik ..... S. 25

schaftlich ausgebildeten jungen Theoretiker sich nur schwer verständlich machen können: die Sprachkritik ist — bei aller Berechtigung — inzwischen weidlich abgegriffen. Interessant: Bruno Friedrich, Integration ist besser als Konfrontation. Überlegungen zum gegenwärtigen Standort der Jungsozialisten, in: Vorwärts, 3. 2. 1972.

<sup>2)</sup> Peter Glotz, Überbau? Fehlanzeige. Der große strategische Fehler der Sozialdemokratie, in: Sozialdemokrat, München, 19. Jahrgang/Nr. 8, August 1971. Nachgedruckt u. a. in Rolf Seeliger (Hrsg.), Quo Vadis SPD?, München 1971, wo der Aufsatz sich allerdings in der Nachbarschaft von Beiträgen befindet, die den Ansichten des Verfassers oft widersprechen.



habe ich doch lange gezögert, ob ich die folgenden Überlegungen in der vorliegenden Form veröffentlichen soll. Meine Analyse des Konzepts der Jungsozialisten kommt nämlich zu einem negativen Ergebnis: Ich behaupte, daß in dieser „Strategie“ eigentlich *strategische* Überlegungen weitgehend fehlen und daß die Hypothesen weniger auf einer empirischen Analyse der sozialen Situation der Bundesrepublik als auf einer intensiven Lektüre marxistischer und neomarxistischer Autoren beruhen. Auch fürchte ich, daß in vielen Fällen eine ziemlich schematische und holprige Übertragung von französischen und italienischen Analysen auf die Wirklichkeit der Bundesrepublik versucht worden ist, die nicht gelingen kann; kurz, ich bin der Meinung, daß in diesen Analysen, in denen sehr viel von der Macht (nämlich der Kapitalisten) die Rede ist, gerade die Aspekte einer „Machtkunstlehre“<sup>3)</sup> sträflich vernachlässigt worden sind. Mancher Leser wird jetzt fragen, warum ich mich scheue, derartige Analysen der offenen Diskussion auszusetzen. Vor allem aus einem Grunde: weil ich jener vorher zitierten Mehrheitsfraktion kein gutes Gewissen schaffen möchte. Die Jungsozialisten — oder wenigstens einige davon — haben ihren Marx, ihren Gorz und ihren Basso wenigstens gelesen und haben eine Analyse versucht; davon kann bei der anderen Seite keine Rede sein. Allerdings haben praktische Leistungen zur Verbesserung der Lebensqualität auch dann ihr Gewicht, wenn sie *nicht* auf reflektierten, weitgesteckten Zielen beruhen. Nur ist zu fragen: Wie lange behauptet sich eine theoretisch kurzsichtige Reformpolitik gegen den konservativen Gegner und die Faszination geschichtstheologischer Lehren?<sup>4)</sup> In jedem Fall würde ich ungern

<sup>3)</sup> Erwin Faul, *Der moderne Macchiavellismus*, Köln-Berlin 1961, S. 18, zitiert nach Bernard Willms, *Die politischen Ideen von Hobbes bis Ho Tschih Minh*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S. 28.

<sup>4)</sup> Wie blind Angst machen kann, zeigt dagegen ein Artikel des renommierten Soziologen Helmut Schelsky in der FAZ vom 10. Dezember 1971. Die Strategie der „Systemüberwindung“. Der lange Marsch durch die Institutionen (zit. nach einem Sonderdruck i. A. Ansmann für alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Landtage), in dem das klassische Syndrom der Verschwörertheorie aufgewärmt wird. Schelsky schreibt: „Die große Chance auf Erfolg dieser revolutionären Strategie der linken Radikalen liegt darin, daß sie die Herrschaftsmittel in einer modernen, industriell-bürokratischen Gesellschaft westlichen Typs realistisch eingeschätzt und diagnostiziert als deren Herrscher oder Verteidiger selbst“ (S. 2). Das ist ganz der verschreckte Ordinarius, der die eigentliche Situation der von steter Sektenbildung bedrohten

dasselbe Schicksal erleiden wie ein von mir sehr geschätzter Autor, Gerhard Szczesny, dessen interessantes Buch „Das sogenannte Gute“<sup>5)</sup> inzwischen die (vom Autor sicher ungewollte) Funktion gewonnen hat, den liberalen Bürgern als Alibi zu dienen, wenn sie wieder auf den Bewußtseinsstand zurückkehren, den sie vor der Jugendrevolte der Jahre 1967—1969 gehabt haben.

Andererseits: Die theoretische Auseinandersetzung in dieser Partei ist notwendig. Man wird die genaue Wirkung eines derartigen Diskussionsbeitrages nie völlig abzirkeln können. Deshalb habe ich der Veröffentlichung zugestimmt, will aber zwei Vorbemerkungen machen.

1. Ich halte mich an den Satz von Barrington Moore: „Eine Verherrlichung der Tugenden unserer eigenen Gesellschaft, die deren häßliche und grausame Züge ausläßt, die nicht die Frage stellt, ob vielleicht ein Zusammenhang zwischen den freundlichen und den grausamen Zügen besteht, bleibt bloße Apologie, auch wenn sie in den gemessensten akademischen Tönen vorgebracht wird.“<sup>6)</sup>

Wenn ich also auch der Ansicht bin — oder sollte man lieber sagen: die Hoffnung habe —, daß ein demokratisch-kapitalistischer Sozialstaat nicht nur eine „Illusion“ ist<sup>7)</sup>, wie das der Bundesvorstand der Jungsozialisten formuliert, muß ich doch deswegen noch lange nicht die Augen verschließen vor der Brutalität, die in vielen Arbeitsbeziehungen dieser Gesellschaft herrscht, vor der Entfremdung zahlloser Arbeiter, denen jede Mitbestimmung über die Ziele ihrer Arbeit verwehrt ist, und vor der Ausbeutung, die durch das Konsummodell eben *auch* verursacht wird<sup>8)</sup>.

Ich bin nur dagegen, daß wir uns blauen Dunst vormachen; und für blauen Dunst halte ich es, wenn heute einer von links den alten

deutschen Linken gar nicht kennt. Im übrigen läßt Schelsky schon wenige Seiten später merken, wohin er gehört, wenn er den Bildungsurlaub und „die unkontrollierte Großzügigkeit der Berufsschulungsfinanzierung“ (S. 6) als „Übersteigerung der Sozialforderungen“ (ebd.) bezeichnet.

<sup>5)</sup> Gerhard Szczesny, *Das sogenannte Gute*, Reinbek bei Hamburg 1971.

<sup>6)</sup> Barrington Moore, *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt am Main 1969, S. 599/600.

<sup>7)</sup> Bundesvorstand (der Jungsozialisten). Möglichkeiten und Grenzen kapitalistischer Wirtschaftspolitik, in: JUSO, Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, 11/12 1971, S. 32.

<sup>8)</sup> Ich folge hier der Analyse von André Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, Frankfurt am Main 1970.



rechten Bernstein wieder aufleben läßt und seine Theorie vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus neu drapiert auf den Tisch bringt. Politik bedingt eine komplizierte Güterabwägung zwischen Zuständen, die meistens alle für die sozial schwachen und unteren Schichten ziemlich viel Brutalität mit sich bringen. Der Politiker muß trotzdem entscheiden, muß trotzdem handeln; nur hat er keinerlei Grund, so zu tun, als bringe die von ihm gewählte Alternative nun allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein.

2. Die folgenden Bemerkungen sind Teil einer größeren Arbeit, der ich den vorläufigen Arbeitstitel „Die historische Aufgabe des Reformismus“ gegeben habe. Es sind, wie ich im Untertitel dieses Aufsatzes zu sagen versucht habe, strategische Überlegungen, und das heißt: es sind Überlegungen über die Durchsetzbarkeit und Machbarkeit bestimmter Ziele unter bestimmten politischen Konstellationen. Da derartige strategische Diskussionen in der idealistischen Tradition dieses Landes erstens

sowieso nicht gedeihen und zweitens die politisch inhaltliche Zieldiskussion ausgeblendet bleibt, mögen die folgenden Gedanken auf viele Leser kaltschnäuzig und seelenlos wirken. Zwar fürchte ich diesen Vorwurf nicht besonders; denn wer, wie manche der neuen Sozialisten — und das noch möglichst schnell —, soziale Umwandlungen größten Stils erreichen möchte, muß schon ziemlich kalt an die Sache herangehen und sollte von seiner Seele nicht allzu viel Gebrauch machen. Andererseits ist die oben erwähnte Güterabwägung nicht durchführbar, wenn man über die Wünschbarkeit bestimmter Ziele nicht ausführlich diskutiert hat. Ich mache deshalb unter Punkt IV dieses Aufsatzes zu dieser Zieldiskussion einige fragmentarische Anmerkungen, die die Fragen, die zu beantworten wären, allerdings nur aufwerfen können. Ich weiß also, daß der Stellenwert der folgenden Überlegungen nur beurteilt werden kann, wenn klipp und klar gesagt worden ist, was denn „Reformismus“ leisten kann und was nicht.

## II. Die Strategie „systemüberwindender Reformen“

Was sind nun systemüberwindende Reformen? Ich benutze als Quellen für die Rekonstruktion dieses Konzepts einmal die Beschlüsse des Münchner Bundeskongresses der Jungsozialisten<sup>9)</sup> sowie die auf dem Strategiekongreß der Jungsozialisten in Hannover beschlossenen Papiere „Thesen zur polit-ökonomischen Analyse und zu strategischen Ansätzen“, „Thesen zum Abbau der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, Betrieb, Gewerkschaft, Staat“ und „Thesen zur Massenmobilisierung und Organisation“<sup>10)</sup>. Mit herangezogen werden die für diesen Bundeskongreß erarbeiteten Diskussionsgrundlagen des Bundesvorstandes sowie verschiedener Arbeitsgruppen<sup>11)</sup>. Ihnen kommt — da sie nicht beschlossen worden sind — zwar nicht der gleiche Quellenwert zu wie den bisher genannten Papieren; auch sie geben aber zweifellos ein Bild vom Stand der Diskussion innerhalb der Jungsozialisten. Im übrigen hat der Strategiekongreß die weitere Diskussion auch dieser Papiere durch einen eigens gefaßten Beschluß ermöglicht<sup>12)</sup>.

<sup>9)</sup> Vgl. Anm. 1.

<sup>10)</sup> Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie, a.o. Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover 11. bis 12. Dezember 1971, o. O. u. o. J.

<sup>11)</sup> Abgedruckt in JUSO, vgl. Anm. 6.

<sup>12)</sup> Vgl. Sozialistische Korrespondenz, 14. Jg./2. Dez.-Ausgabe, S. 12.

Das Konzept der systemüberwindenden Reformen geht aus von der klassischen marxistischen Analyse eines kapitalistischen Industriestaates:

„Die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik ist vom Grundwiderspruch aller kapitalistischen Gesellschaftsordnungen geprägt, dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Die gesamt-gesellschaftlich bedeutenden Krisenerscheinungen und die strategisch bedeutsamen Widersprüche sind auf diesen Grundwiderspruch zurückzuführen.“<sup>13)</sup>

Dabei wird auch die klassische marxistische Krisenanalyse beibehalten, jedoch modifiziert:

„Die kapitalistische Produktionsweise bedingt eine ständige Unstabilität und Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei hat es sich jedoch in der Vergangenheit gezeigt, daß der von vielen Sozialisten erwartete ökonomische Zusammenbruch des Systems ausblieb, da sowohl in der nationalen wie in der internationalen staatlichen Wirtschaftsregulierung Instrumente entwickelt wurden, die dies erfolgreich verhindert haben.“<sup>14)</sup>

Die Folgen von Keynes werden also rezipiert. Trotzdem heißt es klipp und klar:

<sup>13)</sup> Thesen zur politökonomischen Analyse ..., These 1.

<sup>14)</sup> Ebd., These 5.



„Der Versuch, durch eine Vollbeschäftigungspolitik die Krisenhaftigkeit des Systems zu beiseitigen, ist mißlungen.“<sup>15)</sup>

Da die Bahnen der klassischen marxistischen Analyse im wesentlichen eingehalten werden, erübrigt sich hier eine ausführliche Darstellung. Modifizierungen gibt es bei der Darstellung der Rolle des Staates: Hier setzte sich der Bundesvorstand gegen die Hamburger und Berliner Jungsozialisten mit einer Version durch, die den Staat nicht als reines Ausbeutungsorgan der herrschenden Klassen sieht. Die Rolle des Staates bei der Krisenvermeidung, die verschiedenen Ausgangsbedingungen des Kampfes der Lohnabhängigen in den verschiedenen europäischen Ländern, die Ausschaltung der Konkurrenz durch zunehmende Monopolisierung werden betont. Es folgt das klassische Theoriestück der Kritik am Konsummodell, einschließlich der Kritik an Verschleißproduktion und Werbung. Die Ziel-Projektion lautet:

„Die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die die Vergesellschaftung notwendig einschließt, ist also auch heute noch der entscheidende Hebel zur Abschaffung des kapitalistischen Systems.“<sup>16)</sup>

Daß dabei Vergesellschaftung und Verstaatlichung nicht in primitiver Weise vermischt werden, sei ausdrücklich betont. Das Problem wird gesehen:

„Ziel antikapitalistischer Strukturreformen ist die Ablösung der Fremdbestimmung durch Selbstbestimmung und Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten. Fragen der Mobilisierung und Organisierung abhängig Beschäftigter betreffen das umfassende strategische Problem, wie eine unterdrückte und zunächst noch weitgehend passiv in einer fremdbestimmten Rolle verharrende Klasse im Prozeß zunehmender Bewußtwerdung sich nach und nach gegen die Fesseln der bestehenden unsozialen und undemokratischen Verhältnisse als aktionsfähiges Kollektiv in selbstbestimmter Form und Zielsetzung organisieren kann.“<sup>17)</sup>

Hier ist das strategische Problem also schon formuliert. Noch klarer heißt es an anderer Stelle:

„Die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel taugt in ihrer allgemeinen Form noch nicht dazu, die Massen für eine sozialistische Politik zu gewinnen. Es ist notwendig, aus ihr Forderungen abzuleiten, die zur Vergesellschaftung hinführen, die aber an den für den Menschen erfahrbaren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ansetzen. Die

subjektiv erfahrbaren Widersprüche sind besonders wirksame Ansatzpunkte, um die Lohnabhängigen die politischen Widersprüche erkennen zu lassen und zur Entwicklung sozialistischer Perspektiven zu führen.“<sup>18)</sup>

In diesen Formulierungen ist das strategische Konzept der systemüberwindenden Reformen bereits im Kern enthalten. Es geht um „antikapitalistische Strukturreformen“. Da diese — mit dem Hauptziel der Abschaffung privater Verfügungsmacht über die Produktionsmittel — den passiv gemachten, „entpolitisierten“ Massen aber nicht auf einmal verständlich gemacht werden könnten, soll ihnen der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit an einzelnen, in ihrem Lebensbereich erfahrbaren Problemen aufgezeigt werden. Solche Aktionsfelder sind die Probleme um Mieten, Sanierung, Schulen, Umweltschäden, Berufsausbildung, Hochschulen etc.<sup>19)</sup>

Bei der Selbstorganisation der Arbeitenden in Straßenaktionen, Betriebs- und Projektgruppen usw. soll ihnen klargemacht werden, daß Widerstand gegen die kapitalistische Gesellschaft lohnt, und dieser summierte Widerstand soll dann, über die Institutionen transformiert, zu einer Ablösung des kapitalistischen Gesellschaftssystems führen. Dies ist allerdings nicht schnell zu erreichen:

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen geht es jedoch vorrangig darum, Gegenmachtpositionen der Lohnabhängigen aufzubauen und von dort ausgehend auf die staatliche Wirtschaftspolitik einzuwirken.“<sup>20)</sup>

Für die Transformierung des systemkritischen Bewußtseins einzelner Gruppen über die Institutionen ist nun die vieldiskutierte *Doppelstrategie* notwendig:

„Die praktisch erfahrbaren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind die Ansätze für systemkritisches Bewußtsein. Damit sich Bewußtsein in praktischem Veränderungswillen fortsetzt, genügt es nicht, verbale Aufklärung zu betreiben: Es muß die praktische Veränderbarkeit der Verhältnisse erfahrbar gemacht werden. Dieses wird letztlich nur in der Selbstorganisation der jeweils Betroffenen erreicht. Die Doppelstrategie stellt den JUSOS die Aufgabe, auf der einen Seite: punktuelle Selbstorganisation von fallweise Betroffenen zu initiieren und deren Effektivität und Kontinuität zu gewährleisten; auf der anderen Seite: durch den so entstehenden Druck die

<sup>15)</sup> Thesen zur politökonomischen Analyse These 18.

<sup>16)</sup> Thesen zur Massenmobilisierung ..., These 54.

<sup>17)</sup> Thesen zur politökonomischen Analyse ..., These 20.

<sup>18)</sup> Thesen zur Massenmobilisierung ..., These 53.



Partei und die Institutionen zu zwingen, die Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen.“<sup>21)</sup>

Diese Institutionen, mit denen in der Bundesrepublik eine Zusammenarbeit angestrebt wird, sind die Gewerkschaften und die SPD. Zwar wird eine weitgehende „Anpassung der Gewerkschaften und der SPD an das kapitalistische System — verbunden mit einer wachsenden Entpolitisierung weiter Teile der Arbeiterklasse —“<sup>22)</sup> konstatiert; trotzdem wird eine Arbeit in diesen Institutionen für sinnvoll gehalten:

„Eine schlüssige sozialistische Strategie muß unter den kapitalistischen Bedingungen der Bundesrepublik von den bestehenden Massenorganisationen der Arbeiterklasse ausgehen, da diese als die Grundlage der bestehenden Arbeitermacht und auch als Gradmesser für den Stand des Klassenbewußtseins angesehen werden müssen.“<sup>23)</sup>

Und noch klarer:

„Die Jungsozialisten halten die Arbeit in der SPD für notwendig, weil diese Partei nach wie vor von der Mehrheit der Lohnabhängigen als ihre Interessenorganisation betrachtet wird. Die sozialistischen Kräfte in der SPD müssen gestärkt werden, damit sie von einer Minderheit zur Mehrheit werden können.“<sup>24)</sup>

Adressaten der politischen Arbeit sollen also Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien sein. Dabei wird der internationale Aspekt berücksichtigt:

„Eine derartige Strategie muß allerdings beim heutigen Stand der Kapitalkonzentration auf multinationaler Ebene abgesichert werden. Eine Politik der Kooperation mit den antikapitalistischen Kräften auf westeuropäischer Ebene in den entsprechenden Parteien und Gewerkschaften ist unerlässlich. Der organisierten Macht des Kapitals steht heute noch eine in sich uneinige Arbeiterbewegung auf westeuropäischer Ebene gegenüber, die noch keine gemeinsame Strategie für ein demokratisches, sozialistisches Europa erarbeitet hat.“<sup>25)</sup>

Dies heißt — blickt man einmal auf die westeuropäischen Staaten, die in der EWG zusammengeschlossen sind — die Zusammenarbeit der heute noch zersplitterten Organisationen der „Arbeiterbewegung“: also sowohl der sozialdemokratischen als auch der christlichen als auch der kommunistischen Gewerkschaften und zum Teil auch der Parteien. Sie sollen nach

Meinung der Jungsozialisten — gemeinsam — den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen. Die Thesen versuchen dann, dieses Konzept in verschiedenen Bereichen zu konkretisieren. Hierbei wird sowohl der Produktions- als auch der Reproduktionsbereich berücksichtigt. Die antikapitalistischen Kräfte müssen dabei Schritt für Schritt vorgehen. Ein erster, großer Schritt, dem viele kleine Schritte vorangehen müssen, ist dabei beispielsweise eine öffentliche Kontrolle der Investitionspolitik über eine Kontrolle des privaten Bankenapparates<sup>26)</sup>. Aber:

„Eine öffentliche Kontrolle des Kreditwesens ist freilich nicht als eine Teilverwirklichung des Sozialismus aufzufassen, sondern erhält ihren strategischen Stellenwert vor allem dadurch, daß auf der Grundlage dieser Forderung eine Problematisierung des Privateigentums möglich ist.“<sup>27)</sup>

Wer der Analyse bis hierher gefolgt ist, erkennt — sofern er sich einigermaßen mit der neueren marxistischen Forschung vertraut gemacht hat — unschwer die Grundlagen dieses strategischen Konzepts: diese Gedanken sind zuerst, in nur wenig anderer Form, von italienischen und französischen Gewerkschaftlern formuliert worden. André Gorz und Lelio Basso, von denen seit der Mitte der sechziger Jahre verschiedene Arbeiten auch ins Deutsche übersetzt wurden<sup>28)</sup>, haben hier einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Die Identität geht bis in die Begriffsbildung: die „antikapitalistischen Strukturereformen“ stehen bei Gorz (und Basso) ebenso wie die „Gegenmachtpositionen“ etc.

Ausgangspunkt aller Überlegungen dieser sozialistischen Theoretiker war die Kritik einerseits am dogmatischen Sozialismus der kommunistischen Staaten (Gorz nennt das den Sozialismus der „Akkumulation“) und andererseits die Kritik an der Politik der westeuropäischen kommunistischen Parteien. Diese hätten es nicht vermocht, den Kampf für den Sozialismus mit dem Kampf um Tagesforde-

<sup>26)</sup> Thesen zum Abbau ..., These 32.

<sup>27)</sup> Thesen zur politökonomischen Analyse, These 26.

<sup>28)</sup> Vgl. André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt am Main 1970; ders., Der schwierige Sozialismus, Frankfurt am Main 1969; ders., Die Aktualität der Revolution, Frankfurt am Main 1970; Lelio Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt am Main 1967. — Vgl. zum Einfluß von Gorz und Basso auf die Jungsozialisten auch den vorzüglichen Aufsatz von Norbert Gansel, Die Strategie in der Diskussion der Jungsozialisten, in: Norbert Gansel (Hrsg.), Überwindet den Kapitalismus oder was wollen die Jungsozialisten?, Reinbek bei Hamburg 1971.

<sup>21)</sup> Thesen zum Abbau ..., These 27.

<sup>22)</sup> Thesen zur Massenmobilisierung These 48.

<sup>23)</sup> Ebd., These 51.

<sup>24)</sup> Thesen zum Abbau ..., These 35.



rungen zu verbinden und hätten ihre Zeit mit dem „revolutionären Warten auf die Krise“<sup>29)</sup> verbracht.

„Mindestens 30 Jahre lang hat die kommunistische Bewegung einen prophetischen Glauben an die Katastrophe verbreitet und den zwangsläufigen Zusammenbruch des Kapitalismus vorausgesagt . . . Man dachte, daß die inneren Widersprüche des Kapitalismus immer stärker, daß die Lage der arbeitenden Massen schlechter würde. Die revolutionäre Erhebung galt als eine Frage der Zeit.“<sup>30)</sup>

Mit dieser Warterei wollen die neuen Theoretiker der Arbeiterbewegung nun Schluß machen. So konzipierte Gorz eine „Strategie der fortschreitenden Eroberung der Macht durch die Arbeitnehmer“.<sup>31)</sup> Von unten her, von der Kommunalpolitik, von der Ebene des Betriebes aus, sollen „Gegenmachtpositionen“ als Teilziele des sozialistischen Weges errichtet werden. Gorz sagt:

„Gewiß, Sozialismus kann nur die Vorherrschaft der Arbeiterklasse, nur das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sein. Aber um dorthin zu gelangen, muß man zunächst versuchen, Zwischenziele zu erreichen. Nur so wird der Sozialismus schließlich als möglich erscheinen, eine konkrete Bedeutung erhalten, sich als wünschenswert erweisen.“<sup>32)</sup>

Hier findet sich übrigens auch schon das voluntaristische Element des Gorzschen Sozialismus, das aus der engen geistigen Verbindung der französischen Linken zum Existenzialismus herrühren mag. Eben dieses Element ist auch von den Jungsozialisten mit aufgenommen worden: nämlich die (in einem bestimmten Kontext auch zweifellos richtige) Idee, daß die Mobilisierung des Bewußtseins der Massen nur möglich ist durch *gemeinsame erfolgreiche Aktionen*, und nicht durch irgendwelche administrative Maßnahmen von oben.

„Der Kampf um autonome Teilmacht und um ihre Ausübung sollen den Massen ermöglichen, den Sozialismus als eine Realität zu erleben, die schon begonnen hat; eine Wirklichkeit, die auf freie Entfaltung drängt und den Kapitalismus von innen aushöhlt. Statt dichotomisch die Gegenwart der Zukunft gegenüberzustellen, wie das Böse dem Guten, die augenblickliche Ohnmacht der künftigen Macht, gilt es, die Zukunft gegenwärtig und die Macht schon spürbar zu machen. Aktionen sollen den Arbeitnehmern ihre wirkliche Kraft zeigen, ihre Fähigkeiten, sich mit der Macht des Kapi-

tals zu messen und ihm ihren Willen aufzuzwingen.“<sup>33)</sup>

Daß sich aus dieser — aus französischer Perspektive — für Gewerkschaften wie die linksdemokratische CFDT oder die kommunistische CGT konzipierten Strategie eine ganz andere Beurteilung des politischen Alltagskampfes und beispielsweise des französischen Mai 1968 oder der spontanen Septemberstreiks 1969 in der Bundesrepublik ergibt als für die deutsche Sozialdemokratie, steht außer Zweifel.

Selbstverständlich lassen sich beim Konzept der systemüberwindenden Reformen, wie es in der Bundesrepublik rezipiert wurde, auch Abweichungen vom „eigentlichen Vorbild“ registrieren. Die gravierendste ist wohl die, daß in der Bundesrepublik als institutionelle Ansatzpunkte jener Strategie nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die sozialdemokratische Partei gesehen wird. Dies würde Gorz selbst nicht mitmachen. Für ihn sind selbst (oder erst recht) die kommunistischen Parteien als Bündnispartner kaum zu gebrauchen. Er ist davon überzeugt, „daß in der neokapitalistischen Gesellschaft die Gewerkschaft viel mehr als die Partei der Katalysator und der Ort der Bildung des Klassenbewußtseins ist.“<sup>34)</sup>

Auf einige andere, wesentliche Unterschiede in der Durchsetzungsstrategie, in der Konsequenz, werde ich im folgenden mehrfach zu sprechen kommen. Die Grundsätze aber sind identisch. Die folgende Formulierung von Lelio Basso könnte genauso in einem der Papiere des Strategiekongresses der Jungsozialisten stehen:

„Die entscheidende Aufgabe einer sozialistischen Strategie ist daher, die Tagesaktion, den Kampf zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen, mit antikapitalistischen Strukturereformen zu verknüpfen, kurz: mit Zielsetzungen, die als Zwischenstufen auf dem Weg zum Sozialismus gelten können. Wo diese Verknüpfung fehlt, wo der ökonomische Tageskampf um das sozialistische Endziel als zwei getrennte und voneinander unabhängige Momente der Aktion gesehen werden, verfällt man entweder einem subalternen Reformismus, der das kapitalistische System nicht in Frage stellt, sondern es lediglich verbessern will, oder einem abstrakten, maximalistischen Revoluzzertum, das die Revolution zwar proklamiert, aber sich damit begnügt, wundergläubig auf sie zu warten.“<sup>35)</sup>

<sup>29)</sup> Gorz, Strategie, S. 9.

<sup>30)</sup> Ebd.

<sup>31)</sup> Ebd., S. 16.

<sup>32)</sup> Ebd., S. 17/18.

<sup>33)</sup> Ebd., S. 17.

<sup>34)</sup> Ebd., S. 19.

<sup>35)</sup> Lelio Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt am Main 1969, S. 70.



### III. Fünf Thesen zur Strategiediskussion in der SPD

Wie ich zu Anfang dieses Aufsatzes schon angedeutet habe, halte ich derartige strategische Überlegungen für unrealistisch. Um genauer zu sein: Ich bin vor allem der Meinung, daß es ein ganz und gar illusionärer Glaube ist, derartige Theoriestücke aus der französischen und italienischen Wirklichkeit ohne viel Veränderungen in die ganz anders geartete deutsche ökonomische Situation transplantieren zu können. Und für ganz und gar unpraktikabel halte ich es, dieses Konzept nun auch noch mit Apparaten vom Typ der deutschen oder skandinavischen sozialdemokratischen Parteien verwirklichen zu wollen; dies widerspricht auch ganz und gar den Überzeugungen von Leuten wie Gorz und Basso. Überhaupt: aus Unwissenheit oder auch aus taktischen Gründen wird nur ein kastrierter, von der Konsequenz seiner eigenen Theorie gereinigter Gorz weitervermittelt. (Für Lelio Basso gilt übrigens mit wenigen Abstrichen dasselbe. Ich konzentriere mich in meiner Beweisführung aber auf Beispiele aus den Arbeiten von Gorz, weil dieser, wie es der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Norbert Gansel, selbst formuliert hat, „den stärksten Einfluß auf die Theoriediskussion der Jungsozialisten hat“<sup>36)</sup>.)

Der wichtigste Teil meiner Argumentation bezieht sich also auf die deutsche Situation. Da ich der Meinung bin, daß auch bei der heute gegebenen starken Verflechtung zwischen den EWG-Ländern eine gleichartige Beeinflussung des sozialen Wandels aufgrund allgemeiner (beispielsweise marxistischer) historischer Gesetzmäßigkeiten weit schwieriger ist, als allgemein angenommen wird, ist diese Beschränkung nur selbstverständlich. Im übrigen will ich aber im Zusammenhang mit dem Problem der Macht und der außenpolitischen Bündnisfrage nicht nur die Gorz-Rezeption in Deutschland, sondern auch Gorz selbst kritisieren. Mag sein, daß auch ich, durch jahrelange *praktische* Arbeit in der Politik, schon vollständig im Apparat-Denken verhaftet bin; aber ich kann mich in diesem Punkt der Überzeugungskraft der orthodox-marxistischen Kritik an Gorz nicht entziehen.

Ich weise nochmals darauf hin, daß die folgenden Bemerkungen *rein strategischer* Natur sind. Ich diskutiere also *nicht* die Frage, ob es ökonomisch sinnvoll ist, den staatsinterven-

tionistischen Kapitalismus, wie wir ihn heute in der Bundesrepublik vorfinden, durch einen Sozialismus der Selbstverwaltung abzulösen; ich beschäftige mich schlicht und einfach mit der Möglichkeit der Durchsetzung derartiger Ziele. Das bedeutet nicht, daß ich mich stillschweigend mit allen antikapitalistischen Thesen einverstanden erkläre; es kann aber auch nicht bedeuten, daß es sinnvoll wäre, ohne eine eingehende Diskussion über sie hinwegzugehen: Denn daß die marxistische Kritik an der sozialen Wirklichkeit des demokratischen Kapitalismus viel Wichtiges enthält, kann mit dem Hinweis auf die ökonomischen Probleme und den politischen Terror in vielen sozialistischen Ländern nicht abgetan werden.

Ich habe versucht, meine Argumente in fünf Thesen zusammenzufassen. Diese Thesen sind deutlich und ohne viel taktische Rücksichtnahme formuliert, im Sinne der nützlichen methodischen Bemerkung, die Barrington Moore in seinem vorzüglichen Buch über Bauernrevolutionen macht:

„Meine Bemerkungen über diese Ideen werden nicht nur kurz, sondern auch provozierend sein, im guten Sinne dieses Wortes, wie ich hoffe, in dem nämlich, daß sie andere dazu anregen, diese Probleme näher zu untersuchen.“<sup>37)</sup>

#### 1. Der Verlauf des sozialen Wandels und die Rolle der Gewalt

Die Strategie der systemüberwindenden Reform geht darauf aus, Gegenmachtposition von unten her zu erobern, dadurch das Bewußtsein der „Arbeiterklasse“, von der man sehr wohl weiß, daß sie in zahllose Fraktionen zerspalten ist — zu stärken. Und dann? In den Münchner Beschlüssen der Jungsozialisten heißt es:

„Die effizienteste Möglichkeit, gegen das System vorzugehen, bestünde zweifellos in seiner Abschaffung, d. h. in der Substitution von privater Verfügungsgewalt über Produktionsmittel durch gesellschaftliche Verfügungsgewalt. Wir meinen aber, daß es zur Zeit durch die Verfilzung der verschiedensten subjektiven Interessenlagen quer durch die Klasse der Lohnabhängigen und sogar quer durch die verschiedensten Schichtungen dieser Klasse in der BRD nicht möglich ist, eine radikale Veränderung zu erreichen. Es gibt aber sehr viele Vorstufen, die zur Vergesellschaftung der Pro-

<sup>36)</sup> Gansel, a. a. O., S. 99.

<sup>37)</sup> Moore, a. a. O., S. 554.



duktionsmittel führen oder zumindest schrittweise zum gleichen Effekt und die nicht so viele Vorurteile mobilisieren wie etwa eine Enteignung. Eine solche Wirtschaftsverfassung muß schrittweise eingeführt werden, ohne daß dadurch Belastungen der Stabilität oder gar harteste Wirtschaftskrisen entstehen dürfen.“<sup>38)</sup>

Auf die Reaktion der heute herrschenden Oberklassen auf ganz entscheidende, ihre Herrschaftsposition gefährdende „systemüberwindende Reformen“ oberhalb einer bestimmten Schwelle, will ich in der These 2 ausführlich eingehen. Hier nur soviel: Wer glaubt, den Kapitalisten den Kapitalismus „schrittweise“ aus der Hand winden zu können — sozusagen ohne daß diese herrschenden Oberklassen es richtig bemerken —, der unterschätzt die historische Erfahrung dieser Klassen gewaltig (obwohl sie kleiner ist als die vergleichbarer Gruppen in anderen Ländern). Die Einführung des Sozialismus ist etwas anderes als die Jagd nach Eisbären; die kann man nämlich, hinter einem Eisbrocken lauend — und weil sie darauf rechnen können, in der Antarktis keinen Menschen zu treffen — einfach durch einen Schuß aus einer Injektionspistole betäuben, um sie dann in aller Ruhe davon und in den Zoo zu schaffen. Mit herrschenden Oberschichten im XX. Jahrhundert ist das nicht ganz so einfach.

Andre Gorz schwindelt sich um diese Erkenntnis übrigens ganz und gar nicht herum. Der Erfinder der Strategie der „fortschreitenden Eroberung der Macht“ sagt klar, was ihm in Deutschland wegredigiert wird: daß nämlich der Eroberung von Gegenmachtpositionen (in einem überschaubaren, relativ kurzen Zeitraum übrigens) irgendwann die revolutionäre, gewaltsame Aktion folgen muß:

„Es gibt keinen ‚allmählichen‘ und unmerklichen ‚Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, und es kann ihn auch nicht geben. Die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie ist nicht durch einen langsamen Aushöhlungsprozeß oder eine Folge von partiellen Reformen zu zerstören, die für sich offenbar harmlos und akzeptabel für den Kapitalismus wären, deren Effekt aber einer im stillen vor sich gehenden Einschließung des Gegners durch eine geheime sozialistische Armee gleichkäme, die verborgen voranmarschiert, ohne Lärm und im Schutze der Nacht, um sich eines schönen Tages im Besitze der Macht wiederzufinden. Nein, darum handelt es sich hier nicht. Allmählich voranschreitend kann und

muß in einer sozialistischen Strategie die Vorbereitungsphase sein, die den Prozeß auslöst, der zum Ausbruch der Krise und der letzten Kraftprobe führt. Die Wahl dieses Weges, unangemessen als ‚friedlicher Weg zum Sozialismus‘ bezeichnet, beruht nicht auf einer a-priorischen Option für den ‚Gradualismus‘ oder auf der a-priorischen Ablehnung der gewaltsamen Revolution oder eines bewaffneten Aufstandes, sondern sie ist die Konsequenz von deren faktischer Unmöglichkeit im europäischen Kontext.“<sup>39)</sup>

Das geistige Klima in Deutschland würde nun den Schluß zulassen, daß mit derartigen Bemerkungen die Vertreter einer systemüberwindenden Reform auf schlichte Weise diskriminiert werden sollten: Da in Deutschland jeder, der für gewaltsame soziale Veränderungen eintritt oder zumindest nicht von vornherein bereit ist, solche gewaltsamen Veränderungen für verbrecherisch und böseartig zu halten, als politisch tot gelten kann, könnte schon die Tatsache, daß man von einem revolutionären Theoretiker wie Gorz lernt, als triumphierender Beweis für demokratische Unzuverlässigkeit gewertet werden. Nichts ist törichter als eine solche Haltung. Wer sich in Deutschland mit dickem Hintern in den Sesseln setzt und chinesische Bauern kritisiert, weil sie die Kuomintang mit revolutionärer Gewalt davongejagt haben, oder wer — rückwärts in die Geschichte gewendet — die Politiker in gute oder schlechte einteilt, je nachdem, ob sie für einen gradualistischen oder einen revolutionären Weg waren, ist ein Schwachkopf. Ich bin weit davon entfernt, beispielsweise die 1100 bis 1400 Menschen, die in dem September-Massaker von 1792 ums Leben kamen, oder die Opfer der blutig unterdrückten Gegenrevolution in der Vendée zu verschweigen oder zu entschuldigen; aber es wäre eben auch nicht gerecht, wenn man die Opfer vergessen wollte, die der Faschismus in Japan und Deutschland gekostet hat. Daß dieser Faschismus aber eine wesentliche Wurzel in der Tatsache hat, daß in diesen beiden Ländern aufgrund einer Koalition zwischen den alten agrarischen Eliten und den Handels- und Industriekreisen eine „Modernisierung von oben“ also eine Modernisierung ohne gewaltsame historische Umwälzungen und unter Beibehaltung möglichst vieler der alten sozialen Strukturen versucht wurde, kann heute nicht mehr bestritten werden<sup>40)</sup>.

<sup>38)</sup> Aus der Resolution „Wirtschaftspolitik“, zit. nach Gansel, a. a. O., S. 89.

<sup>39)</sup> Gorz, Der schwierige Sozialismus, S. 67/68.  
<sup>40)</sup> Vgl. Moore, a. a. O., S. 578.



Selbstverständlich: dies ist kein Plädoyer für die Gewalt, schon gar nicht für die Anwendung von Gewalt in entwickelten Industriegesellschaften. Es ist auch nicht der Versuch, vergessen zu machen, welche beispiellos scheußliche Diktatur das Ergebnis der russischen Revolution unter dem Stalinismus war und zum Teil auch heute ist. Es soll nur soviel sagen: Man darf über den Folgen der revolutionären Gewalt auch nicht die Folgen jener Gewalt vergessen, die in der normalen Gesellschaft — jedenfalls in vielen Gesellschaften — tagtäglich geübt wurde und geübt wird.

Anders ausgedrückt: Man kann, spricht man von sozialem Wandel, nicht „grundsätzlich“ für oder gegen Gewalt sein. Man muß jeweils abwägen, und meist ist die Abwägung schwierig. Eins darf man allerdings nicht: man darf sich nicht über die Folgen bestimmter strategischer Maßnahmen hinwegmogeln. Genau dieses werfe ich aber denjenigen vor, die heute von systemüberwindenden Reformen sprechen; Sie denken nicht — jedenfalls nicht ausreichend — über die Konsequenzen ihres eigenen Handelns nach, noch schlimmer: Sie unterschätzen den Gegner. Für „Strategen“ ist dies ein ziemlich katastrophaler Fehler.

Falsch eingeschätzt wird dabei auch die Massenmobilisierung als *psychologischer Prozeß*. Die Serie punktueller Aktionen muß auf einen Höhepunkt zutreiben; sie muß gleichzeitig in einem übersehbaren Zeitraum vor sich gehen. Sicher wird man nicht sagen können, wie viele Monate oder Jahre ein solcher Prozeß umfassen kann. Genauso sicher aber ist es unrealistisch, zu glauben, man könne sozusagen das Stück Erkenntnis, das die einzelne Aktion mit Mietern, Studenten oder Arbeitern im Betrieb erreichen mag, über Jahre hin wachhalten. Genau das Gegenteil ist der Fall: Die Erregung, die Empörung verraucht, wenn der aktuelle Streitfall beigelegt ist; sie verdichtet sich entweder zu Resignation oder einer bescheidenen Art neuer Zufriedenheit. Gorz sieht das mit aller Klarheit:

„Um es noch einmal zu sagen: eine sozialistische Strategie der Reformen muß sich vornehmen, das Gleichgewicht des Systems zu brechen und diesen Bruch auszunutzen, um den revolutionären Prozeß des Übergangs zum Sozialismus auszulösen, was „wie wir gesehen haben) sich nur machen läßt, wenn die Sache ‚heiß‘ ist.“<sup>41)</sup>

Wenn die Sache heiß ist — gerade diese zeitliche Dimension (und die Zeit spielt in jeder

Strategie eine entscheidende Rolle: es ist wichtig zu wissen, ob man im Morgengrauen oder in der Abenddämmerung angreift) wird mißachtet. Gorz erteilt seinen Jüngern — übrigens in diesem Punkt auch Lelio Basso — eine Lektion, die man sich klarer nicht wünschen kann:

„Eine Strategie dieses Typs ist einzig in Zeiten der Bewegung, auf der Basis von offenen Konflikten und breit angelegten gesellschaftlich-politischen Aktionen praktikabel. Man darf sie nicht als eine aufreibende Schlacht in einem Stellungskrieg begreifen. Denn wenn die gesellschaftliche Front sich stabilisiert und ein Gleichgewicht der Kräfte sich wieder herstellt, dann ist der Kampf um einen Einbruch ins System — den eine sozialistische Strategie vorzubereiten hat — schon kaum noch zu leisten. Gewiß, das neue Kräftegleichgewicht kann für die Arbeiterklasse vorteilhafter sein als das alte, und die zur Logik des Kapitalismus in Widerspruch stehenden und sich antagonistisch zu ihr verhaltenden Elemente können sich deutlicher herausgebildet haben. Aber wenn der Kampf um die Reformen erst einmal zu dem Punkt gelangt ist, wo seine Dynamik praktisch blockiert ist, dann haben diese Widersprüche ihre Gewalt verloren, und der Kampf verkümmert zu armseligen, mal von dieser, mal von jener Seite geführten Attacken, die gegnerischen Positionen zu erschüttern. Aus diesen, ihrem Wesen nach taktischen Geplänkeln kann keine Strategie mehr werden. Denn so labil das Kräftegleichgewicht auch sein mag: es findet seine wesentliche Stütze darin, daß es unmöglich ist — was hier und dort auch eingesehen wird —, eine Entscheidung zu erzwingen. Es ist daher unrealistisch, diesen abgestumpften, nur mehr taktischen Konflikten die Bedeutung zu verleihen, daß sie auf lange Sicht zu einem „revolutionären Prozeß“, der in einem oder mehreren Jahrzehnten heranreifen würde, führen könnte... Virtueller antikapitalistischer Institutionen oder Eroberungen werden auf lange Sicht geschwächt, entstellt, wieder aufgesogen und ihres Inhalts ganz oder teilweise entleert, wenn der durch sie geschaffene Ungleichgewichtszustand nicht gleich bei seinem Eintreten durch neue Offensiven ausgenutzt wird. Unter dem Zwang, mit den Institutionen auskommen zu müssen, die anfangs noch seiner Logik direkt entgegenstanden oder seinen Herrschaftsbereich beschränkten, lernt der Kapitalismus, sie sich unterzuordnen, ohne sie frontal anzugreifen...“<sup>42)</sup>

Und an anderer Stelle:

„Es ist... unmöglich, die Periode des Übergangs oder die Phase, die den Übergang vor-

<sup>41)</sup> Gorz, Der schwierige Sozialismus, S. 80.

<sup>42)</sup> Ebd., S. 80/81.



bereitet, als eine lange, nach Jahrzehnten zu bemessende Zeitspanne zu fassen.“<sup>43)</sup>

Das ist aber noch nicht alles. Die Strategie der punktuellen Angriffe, wenn sie außerhalb einer heißen Phase der Klassenauseinandersetzung erprobt wird, wenn man sie *nicht* als Vorbereitung einer großen Aktion mit der Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt konzipiert, führt nicht nur zu nur partiellen Siegen, sie führt sogar zu Niederlagen und Schwächungen derer, die man eigentlich stärken will. Solche Aktionen führen zur Enttäuschung der Beteiligten, die in den Kampf gerufen wurden, zu einer leeren, ungerichteten Unzufriedenheit, deren Entladung nicht kontrolliert werden kann. Auf der Basis der Erfahrungen des französischen Mai 1968 formuliert Gorz:

„Das Gleichgewicht des Systems zerstören, ohne seine Krise zum Vorteil der Arbeiterklasse auszunutzen und zu lösen zu wissen, heißt, ihre Siege sich in Niederlagen verkehren zu lassen.“<sup>44)</sup>

Hierbei könnte man auch denken: es sei nur das „Zerstören“ gemeint. Also eben eine Situation wie der Mai 1968 in Frankreich. Schon beim nächsten Satz weiß man aber, daß Gorz dasselbe auch auf weniger dramatische Kampfsituationen bezieht:

„Ebenso bedeutet die momentane Erschütterung der Macht der Bourgeoisie schließlich ihre Verstärkung, wenn man ihr nicht Machtpositionen zu entreißen versteht, von denen aus der Kampf weitergeführt und die Macht des bürgerlichen Staates in eine Krise gestürzt werden kann, und so zuläßt, daß die Bourgeoisie die Breschen, die in ihr Machtgefüge geschlagen wurden, auf ihre Weise wieder schließt.“<sup>45)</sup>

Selbstverständlich kann dies nicht heißen, daß jede „Aktion an der Basis“, jede Aktion, in der unmittelbare Interessen von Unterprivilegierten vertreten werden, strategisch sinnlos sei. Viele dieser Aktionen gewinnen ihren Sinn einfach durch das Maß an Hilfe, das sie den Betroffenen gewähren. Auch sind im Rahmen eines taktischen Konzepts — beispielsweise im Rahmen einer Wahlauseinandersetzung, bei der Ablösung eines reaktionären Funktionsträgers in einem Betrieb oder einer anderen sozialen Institution — punktuelle Aktionen, die aufeinander aufbauen und zu einem benennbaren Ende führen, möglicherweise durchaus sinnvoll. Aber man wird jede Rote-Punkt-Aktion, jeden Sitzstreik auf Stra-

ßenbahnschienen, jeden Mieter-Sternmarsch genau darauf prüfen müssen, für wen er welchen Zweck erfüllt und im Rahmen welchen Konzeptes er sinnvoll ist. Der Glaube jedenfalls, daß alle möglichen derartigen Aktionen, wenn man sie nur in ausreichender Zahl durchführt und aufeinander häuft, zu einem nicht bestimmbareren Zeitpunkt irgendwann die Ablösung des Kapitalismus bedeuteten, ist mit Sicherheit falsch. Eine realistische Analyse der gegebenen sozialen Situation wird zur Basis einer Strategie werden müssen, die heute mehr aus der Lektüre klassischer und neoklassischer Texte abgeleitet wurde. Norbert Gansel hat recht:

„Die nächste Aufgabe wäre eine gründliche, empirisch bearbeitete Analyse der gesellschaftlichen und ‚staatspolitischen‘ Entwicklung der Bundesrepublik unter Berücksichtigung aller internationalen Verpflichtungen und Abhängigkeiten, die Überprüfung schon vorhandener und der Entwurf neuer, realisierbarer Reformpläne und damit die notwendige Entscheidung über die entsprechende Strategie.“<sup>46)</sup>

## 2. Das Element „demokratisch“ beim „demokratischen Sozialismus“

Ich gehe jetzt davon aus, daß ein langwieriger und komplizierter Kampf gegen die herrschenden Oberschichten diese so sehr geschwächt hat, daß die Macht von der Arbeiterbewegung und ihren Verbündeten übernommen werden kann. Da meine Phantasie nun ganz und gar nicht ausreicht, mir dieses für eine so stabile Gesellschaft wie die Bundesrepublik (zumindest in einem absehbarer Zeitraum) vorzustellen, schlage ich vor, als Modell für eine derartige Überlegung Italien zu wählen. Natürlich bin ich weit davon entfernt, hier leichtfertig irgendwelche Prognosen über die soziale Entwicklung eines Nachbarlandes zu produzieren; aber eins wird man sagen können: Wenn schon eins der westeuropäischen Länder für einen sozialen Wandel in Richtung Sozialismus in Frage käme, dann vermutlich Italien, das aufgrund des Nord-Süd-Gegensatzes und gemessen am Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte und seiner Koalitionskonstellation dafür am ehesten in Frage kommt. Ob man sich nun eine große Koalition zwischen bestimmten Kräften aus der *Democrazia Christiana* mit den Kommunisten vorstellt (was wohl am wahrscheinlichsten wäre) oder irgendeine andere Form der Volksfront-Koalition, ist gleichgültig.

<sup>43)</sup> Ebd.

<sup>44)</sup> Die Aktualität der Revolution, a. a. O., S. 51.

<sup>45)</sup> Ebd.

<sup>46)</sup> Gansel, a. a. O., S. 98.



tig: In jedem Fall gehe ich für unsere Diskussion einmal davon aus, daß die Vertreter der Strategie der systemüberwindenden Reformen auch in einer solchen Situation zu ihrem Wort stünden und die Etablierung eines Systems nach dem Muster des autoritären Sozialismus ablehnten. Denn dies ist die erklärte Politik der westeuropäischen Linken, die heute systemüberwindende Reformen verlangen. Die deutschen Jungsozialisten vertreten dies ebenso wie Gorz, Angehörige der außerparlamentarischen Oppositionen anderer westlicher Länder oder kritische Intellektuelle der osteuropäischen Staaten. Ich halte es für richtig, diese Versicherungen ernst zu nehmen. Im übrigen wissen wir, daß — um beim Beispiel Italiens zu bleiben, — eine solche Politik auch bis weit in die Reihen der kommunistischen Partei Italiens vertreten wird.

Der Wille zu einem *demokratischen* Sozialismus ist also sicherlich vorhanden; und dieses würde heißen: die Erhaltung wesentlicher Schlüsselemente der liberalen Gesellschaftsordnung: Redefreiheit, das Recht, sich friedlich zu versammeln, Wahlrecht, ein objektives Rechtssystem etc.

Meine Behauptung lautet nun folgendermaßen: Wenn man den Begriff Sozialismus nicht bis zur Unkenntlichkeit entstellt, wenn man also nicht den Versuch macht, einen parlamentarischen Rechts- und Verfassungsstaat mit weitgehender sozialer Sicherung (wie heute beispielsweise in Schweden) als Sozialismus zu bezeichnen, sondern wenn man in der Tat mit Sozialismus die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des kapitalistischen Staates meint, wird aufgrund der scharfen Gegenreaktion der Oberschichten, die aus den ökonomischen Machtpositionen verdrängt werden sollen, eine Verbindung der Elemente „demokratisch“ und „sozialistisch“ nicht möglich sein.

Denn was würde geschehen, wenn in einer der zahllosen Krisen eines unstabilen politischen Systems — bleiben wir einmal beim Beispiel Italien — eine entschlossene Volksfront-Koalition für jede Branche zulässige Gewinnspannen festsetzen, die Investitionen kontrollieren oder die Werbung verbieten würde? Gorz sieht die Wirkung solcher Maßnahmen mit vollständiger Klarheit; seine deutschen Schüler sehen sie — fürchte ich — leider nicht immer:

„Aber die Durchführung solcher Direktiven der öffentlichen Hand würde recht bald mit der Logik des Kapitalismus in Kollision geraten und dessen Gefüge zerstören. Sie wäre in der Tat gleichbedeutend mit der Aufschiebung der unternehmerischen Souveränität, der faktischen Sozialisierung der unternehmerischen Tätigkeit und der indirekten öffentlichen Leitung der Firmen. Sie würde die Beschlagnahme (oder die sehr starke Übersteuerung) der hohen Gewinne bis zu ihrem durchschnittlichen Niveau als Sanktion nicht ausschließen. Schließlich würden dadurch den privaten Gesellschaften alle Rationalisierungs- oder Innovationsmotivationen, die ihre Profite über das für normal gehaltene Maß hinaussteigerten, genommen und damit eine der Haupttriebfedern für den technischen Fortschritt zerstört werden. Kurz, wenn der Staat aus den Unternehmern Beamte macht, ihnen eine schwerfällige Bürokratie aufbürdet und an das Gewinnmotiv rührt, greift er in das Getriebe des Systems selbst ein und führt über kurz oder lang seine Lähmung oder Verkalkung herbei.“<sup>49)</sup>

Gorz zieht aus dieser Diagnose die Konsequenz, daß man in die Mechanismen des kapitalistischen Systems nur eingreifen könne, wenn man entschlossen sei, es abzuschaffen. Und er macht sich keine Illusionen darüber, wie die Oberschichten darauf reagieren würden: Er prophezeit für diesen Fall „eine brutale Reaktion des Systems, ein großes Durcheinander in der Wirtschaft und, mit aller Wahrscheinlichkeit, wenigstens für eine kurze Zeit eine Verschlechterung der materiellen Lage der Massen“<sup>50)</sup>.

Ich würde das mit der „kurzen Zeit“ nicht ganz für realistisch halten, wenn nicht in den meisten anderen Nachbarstaaten das gleiche geschähe; wenn eine derartige abrupte Veränderung nur in einem Land, sozusagen auf einer Insel in einem kapitalistischen Ozean, stattfände, würde meines Erachtens die Wirtschaftsblockade für lange Zeit fortgeführt werden. Aber darauf kommt es im einzelnen gar nicht an. Entscheidend ist dies: Ich vermute, daß auch die beste Propaganda und die härteste, langfristigste Basisarbeit nicht ausreichen würde, um der Masse der Arbeitnehmer eine massive Verschlechterung der materiellen Lage auch nur über ein Jahr lang zu erklären. Anders ausgedrückt: Ich glaube, daß die Einleitung des Sozialismus mit all ihren notwendigen strukturellen Maßnahmen von der Landwirtschaft bis zur Großindustrie Rebellionen in

<sup>49)</sup> Gorz, Der schwierige Sozialismus, S. 68.

<sup>48)</sup> Gansel, a. a. O., S. 99.

<sup>49)</sup> Gorz, Der schwierige Sozialismus, S. 77/78.

<sup>50)</sup> Ebd., S. 87.



allen möglichen Bevölkerungsschichten hervorrufen würde. Wer in einer derartigen Situation das Prinzip allgemeiner Wahlen, die Presse- und Meinungsfreiheit, kurz, die vollständige Bewegungsfreiheit aller Gesellschaftsmitglieder (und auch der politischen Gegner) aufrechterhalten will, wird ganz schnell aus der Macht entfernt werden. Mit einem Satz: Ich meine, daß die Unterdrückungsmaßnahmen in den sozialistischen Ländern einschließlich der DDR — vielleicht nicht in ihrem Umfang, jedenfalls aber in ihrer Grundlage — nicht auf die persönlichen Schwächen oder verbrecherischen Anlagen ihrer Führer von Stalin bis Ulbricht, sondern auf *strukturelle Ursachen* zurückzuführen sind.

André Gorz sieht es genauso:

„Wir dürfen uns meines Erachtens keine Illusionen machen über die Möglichkeit, die Souveränität und die Demokratie der Produzenten, die sich in der Phase der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus zu demokratischen Gemeinschaften gruppiert haben, zu erhalten. Wir müssen im Gegenteil die dialektische Notwendigkeit einer teilweisen staatlichen Zentralisierung anerkennen...“<sup>51)</sup>

Nun muß man bei derartigen Äußerungen berücksichtigen, daß für einen Mann mit den theoretischen Positionen von Gorz die Revolution geradezu metaphysische Quellen hat. Man müßte genau untersuchen, wo seine Analyse des revolutionären Prozesses wirklichkeitsfern und romantisch ist:

„Im Augenblick der revolutionären Vereinigung zur Eroberung der Macht fallen individuelle und kollektive Freiheit zusammen, und es besteht eine reale Souveränität des Individuums, insofern dieses für und durch die Gruppe in Ansehung eines gemeinsamen Zieles, das mit seinem individuellen Ziel übereinstimmt, existiert.“<sup>52)</sup>

Für denjenigen, für den die Revolution ein Akt der Befreiung — auch ein psychologischer Akt der Befreiung — ist, ist natürlich die darauffolgende Konstruktionsperiode — die Zeit, in der eine neue Gesellschaftsordnung aufgebaut und gefestigt wird — psychologisch und gesellschaftlich besonders enttäuschend. Aber trotzdem (und auch wenn man die romantischen Aspekte der Gorzschen Revolutionstheorie nicht teilt) wird man ernst nehmen müssen, was Gorz sieht:

„Deshalb ist die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus notwendig begleitet von einem Niedergang der direkten Demokratie und der

Macht des Volkes, wie sie während der revolutionären Eroberung der Macht bestanden haben.“<sup>53)</sup>

Denn unabhängig vom revolutionären Akt und seiner Beurteilung weiß dieser in Deutschland immer nur halb zitierte Autor:

„Ich halte daran fest, daß eine autoritäre Staatslenkung und Bürokratie während der Periode des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus in allgemeinen Mangelsituationen nicht ganz zu vermeiden sind. Nur wenn gewisse historische Bedingungen erfüllt sind, ist es möglich, die Tendenzen zum Bürokratismus und zur Zentralisation zu mildern und zu korrigieren.“<sup>54)</sup>

Man muß sich klarmachen: Wenn man eine herrschende Struktur mit zumeist doch noch sehr vitalen Oberschichten in Systemen mit nicht unbeachtlichem Wachstum und der Hoffnung auf eine Vergrößerung des Wachstums stürzen will, wird es harte Gegenwehr geben. Die Schichten, die abgelöst werden sollen, werden instande sein, Mangel zu produzieren. Und in Mangelsituationen werden die „Arbeitermassen“ nicht bei der Stange bleiben. Wer das „System“ also überwinden oder sprengen will, darf nicht hoffen, daß er dabei sanft, demokratisch und parlamentarisch bleiben kann. Der Rasen wird nicht geschont werden können, die Systemveränderer werden ihn betreten müssen — und wahrscheinlich mit schweren Fahrzeugen. Flurschaden wird nicht zu vermeiden sein<sup>55)</sup>.

### 3. Das Koalitionsproblem in soziologischer Perspektive

Die Strategie der systemüberwindenden Reform ist — das sollten wir voraussetzen — das Ergebnis einer Analyse. Ich behaupte, daß diese Analyse allzu soziologistisch ist und historisch unterbelichtet bleibt. Das ist die eine Seite der Medaille: Die Generalisierbarkeit

<sup>53)</sup> Ebd., S. 117.

<sup>54)</sup> Ebd., S. 123.

<sup>55)</sup> Ich weise noch einmal auf den strategischen Charakter dieser Bemerkungen hin; ich will niemanden überreden, meine Auffassung zu teilen, daß sehr abrupte soziale Wandlungen in westeuropäischen Industriegesellschaften heute nicht lohnen. Nur: Wer trotzdem an ihnen festhält — und, ohne es zu teilen, verstehe ich dieses moralisch-politische Urteil angesichts des Leidens, das in diesen Gesellschaften heute anhält —, sollte sich (und andere) nicht belügen, indem er so tut, als ließe sich der Sozialismus ohne furchtbare Opfer erreichen. Er muß — bei Abwägung der Opfer bei der einen oder der anderen Handlungsweise — handeln; die Güterabwägung aber sollte auf einer realistischen Analyse beruhen.

<sup>51)</sup> Der schwierige Sozialismus, a. a. O., S. 118/119.

<sup>52)</sup> Ebd., S. 118.



von historisch vorfindbaren Aktionsmodellen wird übertrieben; man geht allzu unkritisch davon aus, daß sich historische Konstellationen wie physikalische Versuchsanordnungen wiederholen. Die andere Seite dieser Medaille: Die Analyse ist viel zu wenig konkret, berücksichtigt viel zu wenig empirische Fakten, ist ein wenig mechanisch aus dem „Büchl“ übernommen. Ich benutze zur Untermauerung dieser These vor allem das Quellen-Material, das Barrington Moore in seinem schon zitierten Buch in über zehnjähriger Forschungsarbeit zusammengetragen hat. Bei ihm steht auch die folgende Maxime, die ich für richtig halte:

„Historische Generalisierungen sind keine unabhänderlichen Gesetze wie die der Physik: Der Lauf der Geschichte reflektiert in der Hauptsache die Bemühung, den Bindungen der bisherigen Bedingungen zu entinnen, die sich in solchen Generalisierungen ausdrücken.“<sup>56)</sup>

Das Unhistorische und Unkonkrete an der Analyse, die hier zur Debatte steht, zeigt sich meines Erachtens ganz besonders gut am sogenannten Koalitionsproblem. Dies ist die Frage: Mit Hilfe welcher Gruppen und Schichten wird in einer bestimmten historischen Situation eigentlich regiert? Welche Gruppen und Schichten sind zu gewinnen, um gegen die alte Ordnung zu revoltieren? Für welche Gruppen und Schichten würde eine solche Revolte welche angebbaren Folgen (oder besser: Erfolge) mit sich bringen? All diese Fragen sind auseinanderzuhalten. Nur ihre exakte Beantwortung ermöglicht planvolles soziales Handeln. Alle diese Fragen scheinen mir von den Befürwortern der systemüberwindenden Reformen nicht beantwortet.

Ich glaube auch, daß man die Aspekte für derartige Fragen nur durch eine sorgfältige, vergleichende Analyse der verschiedenen sozialen Umwälzungen in den letzten 500 Jahren in verschiedenen Kulturkreisen bekommt. Beispiel: In Deutschland und Japan haben, wie schon erwähnt, agrarische Oberschichten eine Koalition mit Handels- und Industriekreisen gefunden und haben es geschafft, „die Industriearbeiter vermittels einer Mischung von Repression und väterlicher Fürsorge niederzuhalten“<sup>57)</sup>.

In den Vereinigten Staaten ist diese Koalition — die verheerende Folgen für die Demokratisierung der Gesellschaft hatte — nicht zu-

stande gekommen; unter anderem, weil die Industriekreise des Nord-Ostens sich mit den Farmern des Westens gegen die Sklavenwirtschaft des Südens verbunden haben, d. h. also, weil die Koalitionspartner der Industrie unabhängige Farmer, selbständige Familienbetriebe waren, die die Konkurrenz des Südens fürchteten und dadurch den Nord-Süd-Gegensatz züchteten. Selbstverständlich gibt es noch eine Reihe weiterer derartiger Gründe, die wir hier nicht zu erörtern brauchen. Wichtig ist nur eins — und Moore weiß das:

„Es gibt keinen abstrakten allgemeinen Grund, warum der Norden und der Süden sich hätten bekämpfen müssen. Mit anderen Worten, es mußten *besondere historische Bedingungen* gegeben sein, um das Einvernehmen zwischen einer auf unfreier Arbeit beruhenden Agrargesellschaft und einem aufsteigenden Kapitalismus zu verhindern.“<sup>58)</sup>

Die jeweiligen *besonderen historischen Bedingungen* scheinen in der der Systemüberwindung zugrunde liegenden Analyse nicht berücksichtigt. Ich glaube, daß man, — will man *wirkliche* politische Erfolge erzielen — noch viel mehr und noch viel genauere Fragen stellen muß, als heute überhaupt bewußt geworden sind. Wo ist — wenn man schon auf Kraftproben zusteuert — ein radikales Potential? Wem hilft welche Maßnahme? In welchem Zeitpunkt ist was möglich? Um an einem überspitzten Beispiel deutlich zu machen, was gemeint ist: Zum Zustandekommen der französischen Revolution war neben hundert sozialen, ökonomischen und sicher auch kulturellen Gründen halt auch noch eine Naturkatastrophe notwendig: der Ernteertrag im Herbst des Jahres 1788 war sehr gering, der anschließende Winter ungewöhnlich streng, der Frühling brachte heftige Stürme und Hochwasser<sup>59)</sup>.

Ich wiederhole nochmals: Es handelt sich hier um ein überspitztes Beispiel. Niemand verlangt von den Strategen sozialer Wandlungen, daß sie auch noch das Hochwasser programmieren sollen. Niemand wird auch glauben, daß es in der französischen Gesellschaft keine Revolution gegeben hätte, wenn 1788 die Ernte besser gewesen wäre. Nur: Eine epochale soziale Veränderung läuft nicht ab wie die andere, und schematische Übertragungen von politischen Versuchsanordnungen aus einem Land ins andere, aus einer Epoche in die andere, sind zum Scheitern verurteilt.

<sup>56)</sup> Moore, a. a. O., S. 528, Anmerkung 6.

<sup>57)</sup> Moore, a. a. O., S. 144.

<sup>58)</sup> Ebd. (Hervorhebungen vom Autor.)

<sup>59)</sup> Ebd., S. 101



Um zu exemplifizieren, was ich meine, will ich gegen die zur Diskussion stehende Analyse vier Einwände formulieren:

a) Das strategische Konzept berücksichtigt überhaupt nicht die „alten“ Klassen, die im Begriff sind, von der historischen Bühne abzutreten. Gerade sie aber sind es, die bei jenen „Kraftproben“, von denen wir sprechen, immer eine ganz entscheidende Rolle gespielt haben. Mao hat zwischen 1921 und 1926 mehrfach — mit verheerendem Verlust an Menschen — den Versuch gemacht, der klassischen marxistischen Analyse folgend, in den Städten mit dem städtischen Proletariat gegen die Kuomintang anzutreten. Erst um 1926 herum bemerkte er, daß dies nicht erfolgversprechend war und änderte seine Strategie; er konzentrierte sich auf die Bauern. Seine Revolution war dann — wie ganz ähnlich auch die Lenins in Rußland — eine Bauernrevolution. Moore folgerte daraus:

„Ein großer Teil der Konfusion und der Abneigung gegen die Verwendung umfassenderer Kategorien rührt daher, daß diejenigen, die die Massenunterstützung für eine Revolution liefern, diejenigen, die sie führen, und jene, die letzten Endes von ihr profitieren, ganz verschiedene Gruppen von Menschen sind...“<sup>60)</sup>

„Die Bauernrevolutionen des Zwanzigsten Jahrhunderts fanden ihre Massenunterstützung bei den Bauern, die dann die Hauptleidtragenden der von kommunistischen Regierungen durchgeführten Modernisierung waren.“<sup>61)</sup>

Die Ausgangssituationen in der Bundesrepublik oder irgendeines anderen westeuropäischen Landes heute ist von der Situation Chinas im Jahre 1921 oder der Situation Rußlands im Jahre 1917 selbstverständlich vollständig verschieden; aber auch heute gibt es depravierte, unzufriedene, an den Rand gedrängte soziale Schichten wie den alten Mittelstand, die Bauern, einen bestimmten Teil mittlerer Industrie in bestimmten Branchen usw. Welche Rolle sollen und können sie spielen? Wie muß man sie beeinflussen, wie sind sie in die Strategie eingebaut? Darüber hört man meistens kein Wort: Die Rede ist immer nur allgemein von „Lohnabhängigen“. Das reicht nicht aus.

<sup>60)</sup> Moore, S. 491.

<sup>61)</sup> Ebd., S. 492. Ob man die Theorie von den „Hauptleidtragenden“ übernimmt oder nicht, ist dabei unwichtig: Wichtig ist allein die unbestreitbar richtige These von der Bedeutung der Bauern bei vielen Revolutionen.

b) Wer verändern will, darf sich in der Auseinandersetzung nicht nur um seine Verbündeten kümmern; er muß auch den Gegner analysieren. Eine solche Analyse fehlt vollständig: Moore sagt:

„Bevor ein revolutionärer Durchbruch möglich wird, müssen die Oberklassen ein beträchtliches Maß an Blindheit an den Tag legen, die in der Hauptsache das Produkt besonderer historischer Umstände ist und von der es immer eine Reihe bedeutsamer individueller Ausnahmen gab.“<sup>62)</sup>

Schon wieder die „besonderen historischen Umstände“. Aber sie sind eben zu berücksichtigen: Wie steht es mit den Oberklassen in der Bundesrepublik? Haben sie ein „beträchtliches Maß an Blindheit“ an den Tag gelegt? Wie sehen sie eigentlich aus? All diese Fragen sind ungestellt.

c) Auch unterdrückte Klassen können uneins sein; ein klassisches Beispiel sind etwa die japanischen Bauern in der späteren Phase der Meiji-Ära, etwa ab 1887. Genauso ist es natürlich mit den „Lohnabhängigen“ in der Bundesrepublik. Dies wird zwar in den Analysen etwa der Jungsozialisten immer wieder betont; es ist mehrfach von „Fraktionen“<sup>63)</sup> die Rede. Aber dies sind meist Feststellungen, die zwar zeigen, daß das Problem erkannt ist, die aber nicht zu Konsequenzen führen. Will man mit Hilfe der an den Rand gedrängten Zwischenschichten, der ungelerten Arbeiter, der Arbeiter in absinkenden Industriezweigen und zusammen mit den unzufriedenen jungen Leuten aus der Oberschicht und der oberen Mittelschicht zu etwas kommen? Wie will man die heute bestehende Koalition der aufstrebenden Mittelschicht, der Facharbeiter und der modernistischen Fraktion der Großindustrie — eine Koalition, mit der viele sozialdemokratische Parteien arbeiten — aufbrechen oder verändern? Was wird mit der technischen Intelligenz, was mit den verschiedenen Gruppierungen des öffentlichen Dienstes? Sicher nützen da Schlachtordnungen, die nur auf dem Papier stehen, wenig; sicher läßt sich nicht alles programmieren. Aber: exakte Fragen wären auch hier nützlich; das romantische Gerede von der „Arbeiterbewegung“ und den „Lohnabhängigen“ allein hilft gar nichts.

d) Neben den ganz wesentlichen ökonomischen werden die nichtökonomischen oder nur

<sup>62)</sup> Moore, a. a. O., S. 550.

<sup>63)</sup> An verschiedenen Stellen der Analysen in JUSO, 11/12, 1971, etwa S. 37, aber auch an anderen Stellen.



vermittelt ökonomisch beeinflussten Konfliktursachen zu wenig berücksichtigt. Die Analysen etwa der japanischen Entwicklung durch Barrington Moore oder der chinesischen durch Wolfgang Bauer<sup>64)</sup> zeigen, welche wichtige Wirkung auch nicht-ökonomische Fakten für soziale Wandlungen gespielt haben. Unser ganzes Denken wäre ohne Marx völlig anders verlaufen; aber auch ohne Max Weber. Auch diese Erkenntnis wäre bei der Entwicklung strategischer Konzepte zu berücksichtigen.

Vor allem aber eins: solche Analysen — und die Fragen unter a bis d sind selbstverständlich keineswegs vollständig — müßten angestellt werden, bevor man das Ergebnis mit lautmalerik in die Welt hinausposaunt. Wer weiß, was solche Analysen ergeben würden! Aber was sie auch ergeben: Wer, bevor er sich zum Handeln fit gemacht hat, allzu laute Drohungen gegen einen mächtigen Gegner ausstößt, könnte eine Koalition der Oberklassen herbeiführen, die ganz und gar nicht mehr aufzubrechen ist. Historische Beispiele gibt es dafür mehr als genug.

#### 4. Das innenpolitische Bündnisproblem

Die Idee, eine Strategie systemverändernder Reformen mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteien durchzuführen, wie sie heute in Westeuropa existieren, scheint mir nicht erfolgversprechend. Nun wird man darauf sofort antworten: „Wir wollen sie ja gerade verändern“. Ich verstehe diese Intention sehr wohl; ich glaube aber trotzdem nicht, daß sie auf einer realistischen Analyse beruht.

Ich räume ein, daß alle Erwägungen dieses Problems heute nur auf schwankendem Grund vorgenommen werden können: Parteiensoziologische Untersuchungen auf empirischer Basis gibt es in größerem Umfang nicht; vor allem liegen keine zureichenden internationalen Vergleiche vor. Ich beschränke mich in meinen Bemerkungen also ganz auf die deutsche Sozialdemokratie und formuliere Erfahrungen, die ich durch meine Arbeit in dieser Partei gewonnen habe. Daß eine solche unsystematische Art der teilnehmenden Beobachtung wissenschaftliche Analysen nicht ersetzen kann, ist selbstverständlich.

Meine These läuft darauf hinaus, daß, mit einer Partei wie der SPD, die heute eher eine Mittelschicht- als eine Arbeiterpartei ist, eine Strategie systemüberwindender Reformen — wenn man nicht nur davon redet, sondern auch konsequent nach diesem strategischen Plan handelt — nicht durchführbar ist. Blanke Daten, die die SPD-Mitgliedschaft nach Schichtzugehörigkeit, Beruf oder Einkommen gliedern, reichen zu strategischen Folgerungen selbstverständlich ganz und gar nicht aus<sup>65)</sup>. Aber ich würde die Hypothese formulieren, daß sowohl die Mehrheit der Mitglieder als auch die Mehrheit der aktiven Funktionäre entweder aus der oberen Unterschicht oder aber der unteren oder mittleren Mittelschicht stammen und daß sehr viele von ihnen in den letzten 20 Jahren (in der Selbstbeurteilung) in der sozialen Hierarchie einen Schritt nach oben gemacht haben. Diese leistungsorientierte, aufstiegsbewußte und — andererseits — sicherheitsabhängige Schicht dürfte auch dann die Mehrheit behalten, wenn der Trend anhält, den wir heute konstatieren: Der Trend nämlich, daß viele junge Leute aus der Oberschicht oder der oberen Mittelschicht zur SPD stoßen, die mit antiindividualistischen, konsumeindlichen und sozialistischen Idealen gegen die Normen ihrer Erziehung protestieren<sup>66)</sup>.

Wenn diese Grundhypothese richtig ist, bahnt sich in unserer Gesellschaft in der Tat eine Verlagerung der politischen Gegensatzachse an<sup>67)</sup>, die dann auch in der SPD wirksam werden wird. Kahn glaubt, daß ein Teil der heutigen Linken sich in Fortsetzung eines alten säkularen Trends im Westen in Richtung auf eine sensualistische Kultur mit kosmopolitischen, intellektuellen und relativistischen Zielen zur „humanistischen Linken“ formieren wird. Ein anderer Teil werde zur (in der Mehrheit befindlichen, regierenden) „verantwortlichen Mitte“ stoßen, während auf der rechten Seite ein konservatives Reservoir in Opposition verbleibe. Ich will die Wertungen, die in Kahns Begriffen enthalten sind, gar nicht übernehmen. Seine Prognose erscheint mir aber wahrscheinlich. Mit einem Wort: Ich glaube nicht, daß ein entscheidender Teil der sozialdemokratischen Partei zu einer konsequenten Politik der „systemverändernden“ Reformen gewonnen werden kann.

<sup>64)</sup> Wolfgang Bauer, China und die Hoffnung auf Glück, München 1971.

<sup>65)</sup> Vgl. z. B. meine Analyse „Die Mitgliedschaft der SPD in München“, in: Jahresbericht der SPD, Unterbezirk München 1966/67, München 1968 sowie Bruno Friedrich, Anm. 66.

<sup>66)</sup> Vgl. Bruno Friedrich, Integration und Reform, in: Die Neue Gesellschaft, 2/1972, S. 91 ff.

<sup>67)</sup> Vgl. Hermann Kahn, Modell für 1980, in: Grossner, Münchmeyer, Oetker, von Weizsäcker, Das 198ste Jahrzehnt, Hamburg 1969.



Dies — und das muß einschränkend gesagt werden — heißt selbstverständlich nicht, daß ich es bei der schwächlichen Taktik des reformistischen SPD-Flügels für unmöglich halte, daß der sozialistische Flügel eines Tages die Mehrheit bekommt. Ich glaube nur, daß — selbst wenn dies passierte — der dann übernommene Apparat bald zur leeren Hülse würde — es sei denn, man vergäbe seine eigenen Ziele und setze die jetzige Politik (mit gewissen, aber nicht zu weitgehenden Modifikationen) fort. Eine konsequente Politik der Systemsprengung ist mit der SPD nach Tradition und Zusammensetzung nicht zu machen.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf André Gorz verweisen, der genau diese Ansicht vertritt:

„Eine solche Strategie ist offenbar im Rahmen von Gipfelbündnissen mit neokapitalistischen Gruppierungen, d. h. mit Sozialdemokraten und Zentristen, nicht zu verwirklichen, weil diese von Anfang an versuchen, die Reformaktionen auf ein für die Bourgeoisie annehmbares Maß zu beschränken, und von ihren Partnern verlangen, diese Grenze bei ihren Programmwürfen streng einzuhalten.“<sup>68)</sup>

Was andererseits der Sozialdemokratie passierte, wenn sie sich auf ein Bündnis mit Volksfrontcharakter, das ja wohl auch die Jungsozialisten mehrheitlich ablehnen, einließ, sagt Gorz ebenso deutlich. Im Rückblick auf den Mai 1968 und eine mögliche linke Koalition unter Mitterand oder Mendès-France meint er:

„Für eine revolutionäre Partei, die imstande wäre, eine Übergangstrategie zu entwickeln, hätte die Formel für eine provisorische Regierung der Einheit der Linken . . . nichts Erschreckendes gehabt. Damit hätte sich die Gelegenheit geboten — und wäre sie auch noch so zweifelhafter Art gewesen — dem Sieg des Volkes über das Gaullistische Regime einen Inhalt zu geben und den Kampf — der zu diesem Zeitpunkt stockte — in eine neue Phase zu führen. Die Frage eines „gemeinsamen Programms“ war nicht von so entscheidender Bedeutung: Denn welches Programm die Führungsstäbe auch in aller Eile aufgestellt hätten, es wäre sehr schnell von der Radikalität und der Stärke der weitergehenden Massen überholt worden. Das Machtverhältnis zählte mehr als das geschriebene Programm.“<sup>69)</sup>

Und dann folgt eine klassische Darstellung der *Doppelstrategie*, wie Gorz sie versteht.

„Im übrigen hätte eine revolutionäre Partei nichts daran gehindert, sich dafür einzusetzen,

<sup>68)</sup> Gorz, *Der schwierige Sozialismus*, S. 80.

<sup>69)</sup> Gorz, *Die Aktualität der Revolution*, a. a. O., S. 26.

daß das von den Führungsstäben entworfene Programm von der Basis über den Haufen geworfen worden wäre. Es hätte genügt, daß sie „auf zwei Hochzeiten getanzt“, d. h. eine Doppelstrategie verfolgt hätte: zum einen die politische und programmatische Vermittlungsarbeit bei den reformistischen, von der Basis getrennten Führern, die an der Spitze der provisorischen Regierung gestanden hätten; und zum anderen bei den Initiativgruppen der Bewegung — den Aktions-, Streik- und Selbstverteidigungskomitees, den Studenten-, Lehrer-, Mediziner-, Architekten-, Journalistenkomitees usw., denen sie mit all ihren organisatorischen Mitteln hätte helfen können, ihre eigenen Reformpläne auszuarbeiten, zu koordinieren und sie ohne Zögern durchzusetzen, wo immer es möglich gewesen wäre, und zwar auf dem Wege einer „Machtergreifung“ auf lokaler oder berufsspezifischer Ebene . . .<sup>70)</sup>

Es ist an dieser Stelle unnötig, die Erörterung fortzusetzen. Angesichts der gegebenen sozialen Konstellationen in der Bundesrepublik wird die Sozialdemokratie sich fragen müssen, ob sie — wenn sie eine Modernisierung bei allmählichem sozialem Wandel durchführen will — nicht eher als auf eine Volksfront auf eine Spaltung der Konservativen hinarbeiten muß. Dies aber ist selbstverständlich schon ein reformistischer Strategieansatz.

## 5. Das außenpolitische Bündnisproblem

Die folgende These richtet sich — ich habe darauf schon hingewiesen — nun nicht mehr nur gegen die Adaption der Theorien von André Gorz in Deutschland und in der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch gegen Gorz selbst. Ich glaube nämlich, daß die Strategie der systemverändernden Reform außenpolitisch völlig unreflektiert ist. Eine Außenpolitik ohne gesellschaftspolitische Kategorien ist hilflos; aber eine Gesellschaftspolitik ohne Abschirmung durch außenpolitische Überlegungen geht ins Leere.

Weder Gorz noch irgendeiner seiner Anhänger sehnt sich nach dem autoritären Sozialismus der Ostblockländer. Gorz hält vielmehr vor allem unabhängige Gewerkschaften innerhalb des Sozialismus für dringend notwendig. Er will also — wie so viele schon vor ihm — eine Art dritten Weg. Seine Kritik am autoritären Sozialismus ist scharf:

„ . . . Die Logik und die Aufgabe der Akkumulation mußten von den Arbeiterführern angenommen werden, und so konnte man sehen,  
<sup>70)</sup> Ebd., S. 26/27.



wie diese Führer eine Arbeitsethik wiedererfanden, die in gewisser Hinsicht der Ethik der puritanischen Bourgeoisie im heroischen Zeitalter des Kapitalismus ähnelte, d. h. eine Ethik des Verzichtes, der Genügsamkeit, der Strenge, der Gewinnsucht in der Arbeit, der Selbstdisziplin sowie des moralischen Rigorismus, nämlich der Prüderie, der Reinlichkeit und der sexuellen Repression.“<sup>71)</sup>

Um es ganz kurz zu sagen: Ein derartiger Standpunkt — wer einerseits den Kapitalismus stürzen will, andererseits aber den Sozialismus, der heute als politische Macht existiert, als Verbündeten auch nicht akzeptiert — ist naiv, dilettantisch und unpolitisch. Wenn man einerseits dem „amerikanischen Imperialismus“ jede Schlechtigkeit zutraut und überall die CIA am Werke sieht (und sie ist ja auch wahrlich oft am Werke), dann kann man nicht andererseits hoffen, ein ganzes westeuropäisches Industrieland einfach aus der westlichen Allianz herausbrechen zu können, ohne daß die westliche Führungsmacht oder die anderen Verbündeten mit der Wimper zucken. Wenn man aber — und zur Zeit muß man das noch<sup>72)</sup> — davon ausgeht, daß die westliche Allianz eine Schwächung genauso wenig hinnehmen wird, wie dies die östliche im Falle der Tschechoslowakei tat, dann wird man bei der Planung von „Kraftproben“ und bei der dahinführenden systemverändernden Reformen tunlichst auch überlegen müssen, wie man eine derartige Strategie außenpolitisch absichert. Und dann gibt es eben keine Illusion vom dritten Weg mitten in Westeuropa, dann gibt es nur ein Entweder/Oder. Wobei übrigens selbst das „Oder“, d. h. also die mögliche Anlehnung an den Ostblock, zweifelhaft ist: Es könnte nämlich leicht sein, daß dieser Ostblock sich gegenüber einer linken Regierung in Italien oder einem anderen westeuropäischen Land nicht viel anders verhält (und verhalten kann) als die westliche Allianz gegenüber der Regierung Dubček.

Hinsichtlich der inneren Ordnung der sozialistischen Länder halte ich es mit Barrington Moore, der dazu gesagt hat:

<sup>71)</sup> Gorz, der schwierige Sozialismus, S. 120/121.

<sup>72)</sup> Möglicherweise verstärken sich aber — aufgrund der großen inneren Probleme — isolationistische Tendenzen in den USA, was dann eine „Finnlandisierung“ Europas zur Folge hätte. Unter diesen Umständen — die Gorz aber in den 60er Jahren nicht einkalkulieren konnte und die auch heute noch nicht so sichtbar sind — würde seine Strategie wieder realistischer. Ob damit die Hoffnungen auf die Entwicklung zu einer freien, rationalen Gesellschaft größer werden, muß jeder für sich selbst entscheiden: Ich zweifle daran.

„Es steht außer jedem Zweifel, daß der Anspruch der bestehenden sozialistischen Staaten, eine höhere Form der Freiheit zu verkörpern als der demokratische Kapitalismus des Westens, auf Versprechungen, nicht auf Leistung beruht. Die offenkundige Tatsache, daß die bolschewistische Revolution dem russischen Volk nicht die Befreiung gebracht hat, läßt sich nicht leugnen. Sie hat höchstens die Möglichkeit zu einer Befreiung geschaffen. Das stalinistische Rußland war eine der blutigsten Tyrannen, die die Welt je gesehen hat.“<sup>73)</sup>

Ungeachtet dessen bin ich der Meinung, daß die Kritik, die aus den sozialistischen Ländern oder von den orthodoxen Kommunisten im Westen an der Strategie der systemüberwindenden Reformen geübt wird, richtig ist. Ich würde die Akzente anders setzen; im Tenor aber hat Josef Schleifstein recht, wenn er sagt, „daß Gorz in seinem Buch (Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, der Verfasser) nicht nur die Forderung nach Strukturformen von der Politik und der politischen Machtfrage isoliert, sondern daß er auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern völlig von den internationalen Faktoren, von der Entwicklung der Welt, von der Auseinandersetzung der beiden Weltsysteme, von der anti-imperialistischen Befreiungsbewegung loslöst. Aber wie will man Klassenbewußtsein bilden, ohne den Arbeitern die internationalen Zusammenhänge ihres Kampfes zu erläutern, ohne sie für die Unterstützung des vietnamesischen Volkes und der anderen um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völker zu gewinnen, ohne sie zur Solidarität mit den sozialistischen Staaten, mit der Sowjetunion zu erziehen, die noch immer die Hauptlast der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Imperialismus zu tragen hat?“<sup>74)</sup>

Norbert Gansel zitiert irgendwo beiläufig die Strategiedefinition von Clausewitz, nach der Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke des Krieges sei. Der Zweck des Krieges aber sei es, den Gegner zum Erfüllen unseres Willens zu zwingen<sup>75)</sup>.

In diesem Sinne ist das Konzept der systemüberwindenden Reformen eine schlechte Stra-

<sup>73)</sup> Moore, a. a. O., S. 578.

<sup>74)</sup> Josef Schleifstein, Bemerkungen zu einer Strategie der Arbeiterbewegung, in: 50 Jahre Novemberrevolution, 50 Jahre KPD, Marxistische Blätter, Sonderheft 3/1968, S. 174/175.

<sup>75)</sup> Gansel, a. a. O., S. 83.



ategie: Die Schätzungen über die zur Verfügung stehenden Truppen sind vage, die Kenntnisse über ihre Kampfbereitschaft gering, der Ort der Auseinandersetzung unvorsichtig ausgesucht. Ich glaube nicht, daß das Ausmaß des Leidens, das dieser Krieg bringen würde, ausgelotet ist. Aber ich gestehe zu, daß viele, die Systemüberwindung entrüstet ablehnen, sich auch nicht um das Leiden gekümmert haben, das diese Gesellschaft duldet.

Für das Europa dieses und wohl auch des nächsten Jahrzehnts ist der „dritte Weg“ eine Illusion. Der, der ihr erliegt, würde das gleiche Schicksal erleiden wie zwei Politiker mit großen Zielen und hohem politisch-moralischem Verantwortungsgefühl, die im Europa dieses Jahrhunderts schon einmal versucht haben, alle Machtkonstellationen mißachtend, das Unmögliche möglich zu machen: Kurt Eisner und Alexander Dubček. Ihr strategisches Versagen hat viel zusätzliches Unglück produziert. Wir alle müssen darauf achten, daß wir nicht Ähnliches verschulden.

#### IV. Wichtige Themen reformistischer Politik

Nun wird man bei derartigen, rein strategischen Überlegungen selbstverständlich nicht stehen bleiben können; die Mahnung, daß bestimmte politische Ziele nicht (oder: zur Zeit nicht) durchsetzbar sind, wird einen aktiven, auf Veränderung drängenden Menschen nur wenig beeindrucken, — vor allem, wenn diese Ziele ihm einen „Sinn“<sup>76)</sup> für sein soziales Handeln vermittelt haben, nach dem er lange und intensiv gesucht hat und der ihm plötzlich genommen würde, wenn er jene Mahnung beherzigte. Es wird vielmehr nötig sein, die politischen Ziele *selbst* zu analysieren und zu ihnen „methodisch“<sup>79)</sup>, d. h. jeden Schritt des Urteilens rechtfertigend, Stellung zu nehmen. Konkret auf die Situation der deutschen Sozialdemokratie bezogen, heißt das, daß sie den in Godesberg 1959 erreichten Scheinfrieden zwi-

Dabei ist die Entscheidung nicht leicht. Die kommunistische Repression richtet sich gegen die eigene Bevölkerung. Die Repression des demokratischen Kapitalismus geht nach außen: Nur allzu oft unterstützt sie den bewaffneten Kampf alter und ungerechter Oberschichten in zurückgebliebenen Gebieten<sup>76)</sup>. Wer diese Alternativen identifiziert, der verliert allzu oft die Strategie und er beschränkt sich auf die Taktik der Objektivität.

Der Politiker müßte trotzdem die Souveränität aufbringen, zu handeln und eine Welt auszuhalten, in der die blutigste Brutalität oft neben der Vernunft liegt, ohne daß das Ganze immer einen erkennbaren Sinn abgibt. Bei einer Strategie, die dieses Handeln leitet, müssen wir berücksichtigen, daß „bei einem Test, der die Bedingungen einer möglichen Einschränkung des Leidens erproben soll ... das Risiko erhöhten Leidens nicht zum Bestandteil der Versuchsanordnung selber gemacht werden“<sup>77)</sup> darf.

schon den verschiedenen Begründungen ihres „demokratischen Sozialismus“<sup>80)</sup> brechen muß. Der Regreß auf irgendwelche allgemeinen, von niemand bestreitbaren Grundwerte reicht nicht aus. Nur wenn der heute pejorativ gebrauchte Begriff des Reformismus positiv umgewertet und mit Hilfe praktischer Vernunft *begründet* wird, besteht eine Chance, wenigstens einen Teil jener jungen Leute zurückzuholen, die heute auf eine strikt sozialistische Sozialphilosophie und eine Strategie systemüberwindender Reformen schwören und ohne die die SPD in zwanzig Jahren eine Quantité négligeable sein würde. Die als Toleranz kostümierte sozialphilosophische Ignoranz der Partei muß durchbrochen werden, wenn diese Partei überleben will; die beiden Wurzeln dieser Ignoranz — der Feld-, Wald- und Wiesen-Positivismus oder -Szientismus der späten fünfziger Jahre („darüber kann man nicht reden“) und die bauernschlaue Aufsaugungstaktik (darüber soll man nicht reden, um Katholiken, Protestanten, Marxisten, Positivisten etc. in einer „Volkspartei“ zu integrieren) müssen freigelegt und sorgfältig entfernt werden.

<sup>76)</sup> Vgl. Moore, a. a. O., S. 580. Aber auch das ist Vereinfachung: Auch der Kapitalismus übt Repression im Inneren, und auch der Kommunismus hat imperialistische Elemente, wie die chinesische Kritik an der Sowjetunion zeigt.

<sup>77)</sup> Jürgen Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt am Main 1968, S. 345.

<sup>78)</sup> Vgl. Kahn, Anm. 63.

<sup>79)</sup> Vgl. Paul Lorenzen, Szientismus versus Dialektik, in: Man and World, An International Philosophical Review, Volume 4/No. 2 May 1971, S. 157.

<sup>80)</sup> Vgl. Willi Eichler, Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, Beitrag zu einem Kommentar, Bonn 1962.



Um dies zu leisten, müßte die Partei für die Diskussion verschiedener Fragen sorgen. Man wird darüber heutzutage nicht mehr, wie in früheren Zeiten, Parteitagsbeschlüsse herbeiführen können; aber schon die konsequente und kompetente Diskussion könnte manche Verkrampfung lösen. Ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit nenne ich sieben Fragekomplexe, die mir besonders wichtig zu sein scheinen. Es sind alles „große Themen“; durch je zwei oder drei Seminare oder die Exzerpte von ein paar begabten Assistenten sind sie nicht zu „lösen“. Und doch: wenn die Partei sie nicht aufgreift, ist sie auf die Dauer nur noch durch katastrophale Fehler des politischen Gegners zu retten.

Die Themen 1 und 2 sind, im alten Sinn, sozialphilosophische Fragen, die Themen 3 bis 5 betreffen im wesentlichen ökonomische Sachverhalte, und die Themen 6 und 7 beschreiben eigentlich „Aufgaben“: historisch-psychologische Ableitungen aus den gewonnenen Erkenntnissen.

1. Gorz und seine Schüler gehen nach wie vor vom Marxschen „Polytechnismus“ und der Notwendigkeit der Abschaffung des Staates aus. „Polytechnismus“ meint „die vielfältige Ausbildung der Individuen, die eine unendliche Abwechslung der verschiedensten Produktions-, Verwaltungs- und Führungsaufgaben sowie der freien schöpferischen Tätigkeit gestattet. Diese Auswechselbarkeit der Aufgaben ist die Bedingung für die Abschaffung der Spezialisierungen, der Verstümmelungen der Menschen, der sozialen Schichtung und des Staates und für die Verwirklichung einer auf freiwilliger Basis beruhenden Teilung der gesellschaftlichen Arbeit und für die Selbstverwaltung aller Bereiche der gesellschaftlichen Praxis durch die assoziierten Individuen.“<sup>81)</sup>

Dieser Anthropologie wird man allerdings nicht dadurch begegnen können, daß man ihr schildert die Theorie des Besitzindividualismus — auch ein Kulturprodukt, das es vor Hobbes nicht gab — als „wahre Menschennatur“ entgegenhält<sup>82)</sup>. Aber eine ernsthafte Diskussion darüber, wie brauchbar das Ideal des Polytechnismus<sup>83)</sup> für durchorganisierte Großstaaten mit großen Bevölkerungsmassen und hohen Zivilisationsansprüchen ist, wäre schon sinnvoll; es könnte sein, daß mancher, der für systemüberwindende Reformen ist, die Konsequenzen — oder besser: die Voraussetzungen

seiner Strategie — noch gar nicht überdacht hat.

Aber auf dieses Jahrtausenthema will ich gar nicht hinaus. Zuerst einmal sollte man viel bescheidener überprüfen, inwieweit die Strategie der Systemüberwindung auf einer spezifischen Verbindung marxistischer mit existenzialistischen Gedanken beruht. Die Anbetung der „kollektiven Macht“<sup>84)</sup>, die Theorie der „fusionierenden Gruppe“ und der „Brüderlichkeit als Terror“<sup>85)</sup> sind integrierende Bestandteile der Gorzschen Theorie, die man akzeptieren muß, wenn man diese Theorie sinnvoll anwenden will. Es könnte sein, daß eine intensive Diskussion dieser Theoriestücke ergäbe, daß sich hier eine ziemlich dunkle Gruppenphilosophie mit irrationalen und romantischen Ursprüngen in den Marxismus eingeschlichen hat.

2. Das große Thema der Gedanken- und Redefreiheit, der Toleranz, — heute diskutiert an den Beispielen Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit, — wird seit 15 Jahren in Deutschland unter Wert verschleudert. Die einen haben damit auf primitive Weise Kalten Krieg betrieben und den anderen so erlaubt, sich auf ein paar Gemeinplätze über Springer oder die „Unwichtigkeit“ der Meinungsfreiheit für den Arbeiter zu beschränken.

Dabei steckt dahinter die zentrale Frage der Erkenntnistheorie. Wenn ich sicher sein kann, daß die Bewegungsgesetze der Geschichte erkennbar sind und daß ich sie erkenne, ist jeder Terror gegen Andere (Blinde) erlaubt<sup>86)</sup>. Bisher hat man es dem linken Flügel der europäischen Linken gestattet, sich über dieses Problem mit einem dogmatischen Abbild-Realismus à la Lenin hinwegzumogeln. Wer sagt eigentlich den linken Studentengruppen an deutschen Universitäten, daß Lenins Buch „Materialismus und Empirio-kritizismus“<sup>87)</sup> eher parteigeschichtlich als philosophisch rele-

<sup>82)</sup> Vgl. C. B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt am Main 1967.

<sup>83)</sup> Die „Spezialisierung als Verkümmern“ ist eine in der Geistesgeschichte bekannte anthropologische These; Parallelen gibt es von der griechischen „Kalokagathie“ bis zum Amateur-Ideal der englischen Oberschicht.

<sup>84)</sup> Gorz, Der schwierige Sozialismus, a. a. O., S. 69.

<sup>85)</sup> Vgl. Gorz, Sartre und der Marxismus, in: Der schwierige Sozialismus, a. a. O., S. 215 ff.

<sup>86)</sup> Vgl. Hans Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1968, S. 15 ff.

<sup>87)</sup> Vgl. Alfred Schmidt (Hrsg.), Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt am Main 1971<sup>8</sup>, Einleitung, S. 8.

<sup>81)</sup> Gorz, Der schwierige Sozialismus, a. a. O., S. 114/115.



vent ist? Man soll sich nicht täuschen: eine derartige, scheinbar akademische Erkenntnis könnte sehr handgreifliche politische Folgen haben.

3. Zentral für die gesamte ökonomische Analyse der Neomarxisten ist die Krisentheorie. Gorz sagt klar: der amerikanische Kapitalismus sei etwas „Einzigartiges“, andere Länder könnten das gleiche Wachstum nie erreichen<sup>88)</sup>. Die Krise komme — trotz Keynes und der Folgen — bestimmt. Wenn das richtig wäre, müßte man sich in der Tat anders verhalten, als wenn man es für möglich hält, daß ohne gewaltsame soziale Umwälzungen im Jahr 2000 in allen nachindustriellen Gesellschaften nur noch 1100 Stunden im Jahr gearbeitet werden muß: 7,5 Stunden am Tag, vier Tage in der Woche bei 39 Arbeitswochen, zehn gesetzlichen Feiertagen, drei zusätzlichen Wochenendtagen und 13 Urlaubswochen<sup>89)</sup>.

Selbstverständlich: die Prognosemethoden der Ökonomie, die theoretischen Ansätze sind umstritten; aber auf den puren Glauben sind wir heutzutage ja auch nicht mehr angewiesen. Ein rationale Diskussion des Krisentheorems in der politischen Arena wäre deshalb sinnvoll.

4. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, daß ich es für richtig halte, die Kommunismus-Kritik der westeuropäischen Linken ernst zu nehmen: die meisten von ihnen wollen kein System wie die Sowjet-Union; sie anerkennen die Vorteile der Liberalität des demokratischen Kapitalismus und hoffen (meiner Meinung nach irrtümlicherweise), diese Liberalität auch beim Übergang zum Sozialismus erhalten zu können. Daß sie oft trotzdem eine gewaltsame Umwälzung für richtig halten, hängt mit einer anderen Überlegung zusammen: Sie fürchten, ihre (problematische) Freiheit auf Kosten der Menschen in weniger entwickelten Gesellschaften zu genießen. Und ohne Zweifel ist diese Furcht nicht ohne Berechtigung.

Auf der anderen Seite wird sie normalerweise mit einer Imperialismustheorie begründet, die wahrlich nicht mehr auf dem letzten Stand der Erkenntnis ist. Mit einer Mischung von Lenin, Luxemburg, Hilferding und Hobson ist heute nur noch wenig sinnvoll zu er-

klären<sup>90)</sup>. Eine systematische Analyse des Imperialismus-Problems wäre deshalb wichtig.

5. Der einzig wirklich schon definierte (wenn auch keineswegs konkretisierte) Schritt zum „Sozialismus“ in der Strategie systemverändernder Reformen ist die „Investitionskontrolle“ (die, ebenso vage, auch im Godesberger Programm steht), bzw. die Kontrolle des Bankenwesens. Frage: Warum wird dieses Problem (samt aller Schwierigkeiten) nicht einmal auf den Tisch gelegt? Immerhin: Forderungen dieser Art kommen nicht nur von radikalen Jungsozialisten, sondern sogar von Galbraith<sup>91)</sup>. Es sollte geklärt werden, was sinnvoll und machbar ist — und was nicht.

6. Die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften haben — im Grunde seit dem 19. Jahrhundert — „Reformismus“ betrieben. Nicht, daß dieser auf einer reflektierten Strategie beruht hätte; schon am jahrzehntelangen Auseinanderklaffen von revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis kann man sehen, daß die Führungen oft bei der Taktik stecken blieben. Aber trotzdem: die Auseinandersetzung ist auf vielen Feldern, getragen von viel Idealismus und Augenmaß, aufgenommen und geführt worden. Warum fragt diese geschichtsträchtige Arbeiterbewegung nicht einmal nach ihrer Geschichte? Ich meine: nicht, um Fakten aufeinanderzustapeln und stolze Vereinsgeschichte zu dokumentieren, sondern um die Gegenwart zu beeinflussen?

Eine ehrliche Bestandsaufnahme, historische Längsschnitte, kritische Analysen der Ergebnisse des Reformismus wären notwendig. Was ist in den Arbeitsbeziehungen verändert worden von der Betriebsverfassungsdiskussion und-gesetzgebung in den zwanziger Jahren bis zu den fünfziger bis zu den siebziger Jahren? Wie weit sind wir bei der kritischen Diskussion des Eigentums an Grund und Boden in den letzten 50 Jahren bis hin zum Städtebauförderungsgesetz gekommen? Wie hat sich die Lohnquote entwickelt? Wie veränderte sich die soziale Rolle der Frau?

Ich glaube nicht, daß alle diese Analysen Anlaß zum Feiern geben würden; es könnte aber sein, daß die modische Geschichtsphilosophie, die alles abwärts gleiten sieht, korrigiert würde.

<sup>88)</sup> Vgl. Gorz, Der schwierige Sozialismus, a. a. O., S. 116.

<sup>89)</sup> Hermann Kahn/Anthony Wiener, Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahre 2000, Wien-München-Zürich 1967<sup>8</sup>, S. 184.

<sup>90)</sup> Bernard Willms, a. a. O., S. 153.

<sup>91)</sup> So in einem Interview in: Der Spiegel.



7. Entschlossenes, planvolles Handeln auf ein großes Ziel hin übt Faszination aus; das erklärt einen Teil der Begeisterung junger Leute aus der Ober- und oberen Mittelschicht für voluntaristische Strategieansätze. Entschlossenes, planvolles Handeln ist aber auch im zähen, reformistischen Kampf um die Macht in den Institutionen des demokratischen Kapitalismus notwendig; man darf nur nicht verschleiern wollen, daß auch dies Kampf ist, daß es um Macht geht. Macchiavelli hat im ‚Principe‘ analysiert, wie die politische Energie, die notwendige ‚virtù‘ des Fürsten, aussehen muß, der sich die Macht erwerben oder erhalten will. Auch die ‚virtù‘ des Reformisten verdient eine solche Analyse. Fähigkeit zur Prognose, Mißtrauen gegen Prophetie, Präzision im Detail, Begabung zum systematischen Experiment, Geduld — es wäre zu überprüfen, ob

nicht auch *diese* Techniken des politischen Handelns faszinieren können <sup>92)</sup>.

Wer der Strategie der Systemüberwindung nicht folgen will, muß ihr eine Strategie der *kontrollierten Systemveränderung* entgegensetzen; eine Koalition aus dem ‚juste milieu‘ der Arbeiterbewegung, aus der alten linken Subkultur reicht nicht zum Erfolg. Die deutsche Linke wird als politische Kraft nur weiterexistieren, wenn sie die historische Aufgabe des Reformismus bewußt macht: nicht als Weltanschauung oder Patentrezept für alle geschichtlichen Situationen, sondern als konkrete Strategie für bürokratisierte, nachindustrielle Gesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Aufgabe wäre, Marx schöpferisch anzuwenden, ohne Lorenz von Stein zu vergessen.

<sup>92)</sup> Vgl. Niccolò Macchiavelli, *Der Fürst*, zit. nach Reclam-Heft 1218/19, Stuttgart 1961.



## Der Widerspruch zwischen Handels- und Entwicklungspolitik

### Eine Bilanz anlässlich der Welthandelskonferenz in Santiago de Chile

Eine kürzlich veröffentlichte amerikanische Karikatur zeigt einen Mann aus einem Entwicklungsland, dem man mit einer Hand Entwicklungshilfe einflößt, während ihm die andere, den Welthandel symbolisierende Hand, den Hals zudrückt. Das drastische Bild illustriert in überspitzter Form eine These, bei der es sich aber keineswegs um ein absolutes Zerrbild handelt. Die Zeichnung karikiert den krasen Widerspruch in der Haltung der Industrieländer. Ihnen fällt es — wie Andrew Shonfield einmal schrieb — schwer, „ihre Handelspolitik mit der von ihnen immer wieder zum Ausdruck gebrachten Sorge um das Wohlergehen und die Stärkung des Produktionspotentials der unterentwickelten Welt auf einen Nenner zu bringen“.

Die Handelspolitik der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern gehört zu den Hauptthemen der vom 13. April bis 19. Mai 1972 in Santiago de Chile stattfindenden Dritten Welthandelskonferenz, d. h. der UN Conference on Trade and Development — abgekürzt UNCTAD —, der entsprechende Konferenzen in den Jahren 1964 in Genf und 1968 in New Delhi vorausgegangen waren.

Wie die englische Bezeichnung klarer als die deutsche Übersetzung erkennen läßt, befaßt sich die Konferenz nicht nur mit Handel, sondern im gleichen Maße mit Entwicklung. In der Tat können Welthandel und Entwicklungshilfe nicht getrennt werden. Je mehr es gelingt, die Entwicklungsländer in den Welthandel, einer besonders wichtigen Quelle des Wohlstandes der Industrieländer, einzuschalten, d. h. vor allem ihre Einkünfte aus den Exporten zu steigern, um so weniger werden sie auf Entwicklungshilfe angewiesen sein.

Ihr Anteil an den Weltexporten lag im Jahre 1950 noch bei fast 32 Prozent. Er verminderte sich 1960 auf ein Viertel und bis 1969 auf ein Fünftel. Noch stärker sank der Anteil der Entwicklungsländer an der Welteinfuhr. Das heißt aber nicht, daß die Exporterlöse der Entwicklungsländer auch in absoluten Werten rückläufig waren. Sie stiegen in den fünfziger und sechziger Jahren um fast 150 Prozent. Aber die Exporterlöse der Industrieländer erhöhten sich im gleichen Zeitraum um über 420 Prozent. Die „Schere“ zwischen den Reichen und den Armen öffnete sich auch auf diesem Gebiet. Der Grund dafür liegt darin, daß die Preise für die Industriewaren schneller zu steigen pflegen als die für Rohstoffe <sup>1)</sup>.

Außer der Frage, welches Eigenpotential die Entwicklungsländer zur Stärkung ihrer Exporte besitzen, stellt sich vor allem das damit untrennbar verbundene und sehr ernste Problem der Aufnahmebereitschaft der Industrieländer für Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern, und zwar nicht nur für Rohstoffe, sondern vor allem auch für Halb- und Fertigwaren. Schon in den beiden ersten Welthandelskonferenzen stand das letzte Problem im Vordergrund, und es ging dabei vor allem um den Abbau von Handelsschranken aller Art — nicht nur von Zöllen, die unter den Einfuhrbarrieren sozusagen nur die sichtbare Spitze des Eisbergs darstellen —, sondern auch um die Beseitigung der sogenannten „nicht-tarifären“ Protektion. Die nicht-tarifären Handelshemmnisse sind überaus vielfältig und oft einschneidender als die Zölle, d. h. die Zollbelastungen. Als einige von vielen Beispielen für nicht-tarifäre Protektion seien hier nur erwähnt: mengenmäßige Einfuhrbe-

Wesentlich erweiterter Text eines Vortrags, den der Verfasser am 10. April 1972 im Dritten Programm des Westdeutschen Rundfunks gehalten hat.

<sup>1)</sup> Siehe Erhard Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, Urban-Taschenbücher Reihe 80, Stuttgart 1971, S. 66, wo auf die neuesten statistischen Unterlagen verwiesen wird.



schränkungen in Form von Kontingenten, devisenmäßige Einfuhrbelastungen, Verwaltungsgebühren, Kreditrestriktionen, besonders strenge Anforderungen an Verpackung und Kennzeichnung, überspitzte pflanzenschutz- und veterinärpolizeiliche Bestimmungen, Handelsmonopole sowie übertriebene Einfuhrformalitäten verschiedenster Art.

Es wäre sicherlich eine Illusion zu glauben, daß bei der bevorstehenden dritten Sitzungsperiode von UNCTAD die sogenannten entwickelten Länder bereit sein werden, ihre Haltung substantiell zu ändern und die Handelshemmnisse aller Art so wesentlich abzubauen, wie es im Interesse einer rascheren Entwicklung der Länder der Dritten Welt geboten wäre. In dem oft zitierten Strategiedokument der Vereinten Nationen für die laufende Zweite Entwicklungsdekade<sup>2)</sup> sind alle Länder aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ein rationales System der internationalen Arbeitsteilung durchzusetzen. Das Thema der internationalen Arbeitsteilung ist ein beliebter, in vielen Festreden verwendeter Slogan, wobei allerdings auch heute noch gar nicht so selten unterstellt wird, daß die Entwicklungsländer sich im Grunde mit der Rolle des Rohstofflieferanten zu begnügen haben, während die viel lukrativere Verarbeitung weiterhin das Primat der Industrieländer bleibt<sup>3)</sup>. Mit Argumenten der verschiedensten Art, die sich z. T. selbst widersprechen, verteidigen die Industrieländer protektionistische und dem Erfordernis einer rationellen Arbeitsteilung zuwiderlaufende Positionen, die nicht konform mit ihren entwicklungspolitischen Deklamationen sind.

Wenn eines der wesentlichen Ziele aller Entwicklungshilfe darin besteht, die Entwicklungsländer durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ wirtschaftlich zu stärken und damit ihren Lebensstandard zu erhöhen, so sollte das konsequenterweise bedeuten, daß man ihnen weitestgehende Chancen einräumen muß, den Export auf *allen* Warengebieten zu steigern und sich

<sup>2)</sup> International Development Strategy for the Second United Nations Development Decade (UN-Dokument 2626 [XXV]), November 1970.

<sup>3)</sup> Im „Bulletin“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 2. 3. 1972 heißt es im Zusammenhang mit dem Besuch des Generalsekretärs von UNCTAD beim Bundesminister des Auswärtigen, daß die Bundesrepublik Deutschland auf der bevorstehenden Konferenz konstruktiv mitarbeiten würde, um „den Welthandel auszuweiten, insbesondere den Absatz der *Rohstoffe* der Entwicklungsländer zu erhöhen“. Man darf hoffen, daß es sich bei dieser Formulierung um einen Lapsus handelt.

damit selbst zu helfen. Das gilt nicht nur hinsichtlich der in den Industrieländern benötigten Rohstoffe und Genußmittel („Kolonialwaren“), sondern für viele Agrarprodukte und insbesondere für solche Industrieerzeugnisse, für welche die Entwicklungsländer ein Eigenpotential besitzen. Dieses ließe sich auch durchaus noch wesentlich besser ausschöpfen, wenn der Absatz nicht auf Einfuhrschränken in den meisten reichen Ländern stoßen würde.

Zu den Formen der Entwicklungshilfe, die in jedem Kompendium der seitens der Bundesrepublik gewährten Hilfe regelmäßig — wenn auch erst ziemlich am Ende — erwähnt wird, gehört die sogenannte Handelshilfe. Auch in einem Memorandum der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 27. Juli 1971 über eine gemeinschaftliche Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wird die Bedeutung handelsfördernder Maßnahmen besonders hervorgehoben. Man will den Exporten aus den Entwicklungsländern den Weg vor allem auf die Märkte der entwickelten Länder ebnen, und man könnte diese Hilfsform daher viel klarer Exporthilfe nennen. Dann allerdings würde der Widerspruch dieser Form der Entwicklungshilfe, ja der Entwicklungshilfe an sich, zu gewissen Aspekten der Handelspolitik deutlich sichtbar werden. Die Handelspolitik fast aller Industrieländer (die des Ostens nicht ausgeschlossen) ist nämlich sehr systematisch bemüht, gerade für diejenigen Erzeugnisse der Dritten Welt Handelsschranken aufrechtzuerhalten, bei denen die Entwicklungsländer relativ am konkurrenzfähigsten sind. Alle Bemühungen im Rahmen der UNCTAD, hier wesentliche Abhilfe zu schaffen, sind bisher auf den Widerstand der Industrieländer gestoßen.

Gunnar Myrdal hat in seinem letzten Buch „Aid, Trade, and Finance“ ein sehr pessimistisches Urteil über die Haltung der „Reichen“ gegeben: „Alles was seit der Welthandelskonferenz von 1968 geschehen ist, läßt befürchten, daß die Majorität der entwickelten Länder mit den USA an der Spitze nunmehr die Absicht hat, UNCTAD auf Eis zu legen... und die OECD, die als der Klub des reichen Mannes anzusehen ist, wird zu einem Instrument, um diese Sabotage zu organisieren.“ Das ist sicherlich eine überspitzte, aber keineswegs eine am Kern der Sache vorbeigehende Formulierung.

Der Widerspruch zwischen den Zielen der Entwicklungspolitik und denen der Handelspolitik besteht sowohl auf dem Gebiet der Rohstoffe



einschließlich der Agrarprodukte als auch auf dem der Erzeugnisse von Industrie und Handwerk. Bei Rohstoffen ergibt sich der Zielkonflikt insbesondere aus — sicherlich nicht leicht zu nehmenden — agrarprotektionistischen Erwägungen. Aber wenn man es mit der Entwicklungspolitik — d. h. der Hilfe zur Selbsthilfe — ernst meint, so kann der gegenwärtige Zustand, bei dem die Handelspolitik der Reichen der Selbsthilfe der Entwicklungsländer Schranken auferlegt, nicht als unantastbarer Status quo hingenommen werden.

Die Entwicklungsländer sind zur Schließung ihrer „Handelslücke“ — d. h. zwecks Selbstfinanzierung ihrer lebenswichtigen Importe und damit der Beschleunigung ihres Wirtschaftswachstums — auf erhöhte *Deviseneinnahmen* aus ihren Exporten angewiesen. Ferner benötigen sie höhere Exporterlöse zur Tilgung ihrer Schuldenlast. Vielleicht noch wichtiger aber ist doch ein anderer — untrennbar mit den vorgenannten Gesichtspunkten verbundener — Aspekt der Exportsteigerung: nämlich ihr Beitrag zur Lösung des Problems

der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, das angesichts der Bevölkerungsexplosion von Jahr zu Jahr ernster wird.

Manche Handelspolitiker der entwickelten Länder gehen heute noch in die Verhandlungen mit Entwicklungsländern, bei denen es um den Abbau von Handelsschranken geht, mit der gleichen kühlen Distanzierung und einer engstirnigen *do-ut-des*-Einstellung, als ob es sich um Verhandlungen mit wirtschaftlich gleich starken Handelspartnern handeln würde<sup>4)</sup>. Dabei hat sich das GATT bereits seit 1963 ausdrücklich mit einer Abweichung von der Meistbegünstigungsklausel<sup>4a)</sup> durch die Einräumung von einseitigen Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer einverstanden erklärt. Es ist fraglich, ob die Verhaltensweise mancher Regierungen die gleiche wäre, wenn sie sich der vollen Tragweite des Arbeitsbeschaffungsproblems in den Entwicklungsländern bewußt wären. Die Bedeutung gerade der handelspolitischen Hilfestellung auch für die Lösung dieser Frage könnte ihnen dann nicht entgehen.

## Das Arbeitsbeschaffungsproblem

Im Gegensatz zu vielen Handelspolitikern haben die meisten Entwicklungspolitikern von der besonderen Bedeutung des Problems der Schaffung produktiver Arbeitsplätze<sup>5)</sup> heute Kenntnis genommen. Sie sehen diese Frage als ein — wenn nicht als *das* — Hauptproblem der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an. Man könnte das heute mehr und mehr als richtig anerkannte strategische Entwicklungskonzept in einem Slogan von drei Worten ausdrücken: Entwicklung durch Arbeitsbeschaffung — einer Formel, die in diametralem Gegensatz zu der bisher überwiegenden Meinung steht, welche von dem Motto Arbeitsbeschaffung durch Entwicklung (im Sinne von bloßem Wachstum) ausging.

Würde es sich nur darum handeln, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten für einige

Millionen Menschen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, so wäre kaum eine völlige Neuorientierung der gesamten Entwicklungspolitik — und zu ihrer Unterstützung der Handelspolitik — notwendig. Aber in Wirklichkeit stellt sich ein Problem, welches das Schicksal von Hunderten von Millionen von Menschen betrifft.

Nach den gegenwärtig bei der ILO und bei den UN verfügbaren Schätzungen über die künftige Entwicklung der Weltbevölkerung müßten in der laufenden Dekade nicht nur für die heute vorhandenen Arbeitslosen, sondern zusätzlich für neu hinzukommende Arbeitskräfte 280 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden, von denen allein auf die Entwicklungsländer etwa 226 Mio. entfallen. Auch wenn die über das Jahr 1980 hinaus gehenden Schätzungen sehr spekulativen Charakter tragen, so läßt sich immerhin die mögliche Größenordnung des Problems einigermaßen andeuten. Danach wird die Zahl der Arbeitsfähigen in den Entwicklungsländern bis zum Jahre 2000 auf 1,7 Mrd. anwachsen, gegenüber 1 Mrd. heute und 1,2 Mrd. im Jahre 1980. Unterstellt man, daß gegenwärtig 10% der

<sup>4)</sup> „Equality of treatment is equitable only among equals“ (Ausspruch eines Inders, zit. nach Gunnar Myrdal, *The Challenge of World Poverty*, Pantheon Books, New York 1970, S. 295).

<sup>4a)</sup> Mit einer Meistbegünstigungsklausel verpflichten sich Handelspartner, sich gegenseitig die Vergünstigungen einzuräumen, die sie künftig anderen Ländern gewähren.

<sup>5)</sup> Ausführlicher siehe dazu Matzke, *Entwicklung durch Arbeitsbeschaffung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7/71 v. 13. 2. 1971.



Arbeitsfähigen in den Entwicklungsländern erwerbslos sind (d. h. etwa 100 Mio.), so müßten von heute bis zum Jahre 2000 in den Entwicklungsländern zusätzliche Arbeitsplätze für etwa 800 Mio. Menschen geschaffen werden, falls alle Arbeitsfähigen in Arbeit und Brot gebracht werden sollen. Selbst wenn sich die ILO in ihren Schätzungen für das Jahr 2000 um 100 oder gar 200 Mio. irren sollte und man bis zum Jahre 2000 nicht 800, sondern nur 600 Mio. Arbeitsplätze schaffen müßte, würde das Problem immer noch eine erschreckende Größenordnung haben.

Die Hauptverantwortung und damit die Initiative für die Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung kann nur bei den einzelnen Entwicklungsländern selbst liegen, und sie besitzen insofern ein beträchtliches Eigenpotential, das sie durch zielbewußte Eigenanstrengungen ausschöpfen müssen. In diesem Zusammenhang erhält auch das Problem der „Bevölkerungsexplosion“ einen sehr hohen Stellenwert. Geburtenkontrolle stellt für die meisten Entwicklungsländer eines der Probleme dar, dessen Lösung höchste Priorität zukommt. Allerdings hat Erhard Eppler mit Recht betont: „Daß es ohne Familienplanung nicht mehr geht, spricht sich herum. Daß es mit Familienplanung allein auch nicht geht, liegt auf der Hand.“<sup>6)</sup>

Freilich reicht das Eigenpotential der meisten Entwicklungsländer nicht aus, um ohne Hilfe

von außen das Beschäftigungsproblem — und das damit untrennbar verbundene Problem der Geburtenkontrolle — rechtzeitig zu lösen.

Es kommt daher darauf an, sowohl durch eine richtig angesetzte, d. h. ausschließlich auf den Bedarf der Empfängerländer abgestellte (also nicht vorwiegend an den Exportinteressen der Geber orientierte) Entwicklungshilfe als auch durch eine radikale Neuorientierung der Handelspolitik die Länder der Dritten Welt bei der Lösung der gewaltigen Aufgabe zu unterstützen. Mit anderen Worten: Zu den Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer und zur Entwicklungshilfe muß die Bereitschaft der Industrieländer kommen, so schnell und so umfassend wie möglich die noch bestehenden beträchtlichen Handelsbarrieren sowohl für Rohstoffe als auch für Erzeugnisse von Industrie und Handwerk gegenüber den Entwicklungsländern abzubauen. Das entscheidende Ziel einer Handelspolitik, die mit dem Konzept der Entwicklungshilfe nicht in Konflikt stehen will, darf nicht das Herausschlagen von reziproken handelspolitischen Konzessionen seitens der Entwicklungsländer sein. Vielmehr muß eine entwicklungspolitisch konforme Handelspolitik den Entwicklungsländern prinzipiell und unter Abweichen vom Prinzip der Meistbegünstigung die weitestmöglichen einseitigen Konzessionen hinsichtlich des Abbaus von Handelsschranken aller Art gewähren<sup>7)</sup>.

## Das Rohstoffproblem

Es ist selbstverständlich, daß die meisten Entwicklungsländer vor allem im Hinblick auf die Notwendigkeit, ihre Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten zu steigern, Maßnahmen verschiedenster Art auf dem Gebiet der internationalen Rohstoffpolitik<sup>8)</sup> fordern. Sie wer-

den und müssen dafür auch in Santiago de Chile kämpfen, weil ihre eigene Entwicklung entscheidend von der Lage auf den Rohstoffmärkten abhängt.

Nach den neuesten Schätzungen entfielen von den Gesamtausfuhren aller Entwicklungsländer nur etwa 20 % auf verarbeitete Waren, die verbleibenden 80 % auf Rohstoffe (vor allem land- und forstwirtschaftliche Produkte, Rohöl und Erze); nach dem Pearson-Bericht<sup>9)</sup> sogar fast 90 %. Die Prozentsätze variieren

<sup>6)</sup> A. a. O., S. 38.

<sup>7)</sup> Gunnar Myrdal, a. a. O., S. 295: „Die entwickelten Länder sollten einseitig ihre Grenzen für Einfuhren aus Entwicklungsländern öffnen. Außerdem sollten sie sich bemühen, die Einfuhren aus Entwicklungsländern effektiv zu fördern.“

<sup>8)</sup> Siehe dazu: Matzke, Plündern die Reichen die Armen aus? — Die entwicklungspolitische Bedeutung der Rohstoffe, in: Reihe „Problem“ Nr. 1, Aktion für Entwicklung und Partnerschaft — Deutsche Welthungerhilfe, Bonn.

<sup>9)</sup> Lester B. Pearson, *Partners in Development*, Praeger Publishers, New York, Washington, London 1969.



zwar von Land zu Land, lassen aber doch die vorhandenen Größenordnungen erkennen. Besonders groß ist der Anteil der landwirtschaftlichen Rohstoffe, nämlich 40 % des Gesamtexports. Wenn man das Erdöl ausklammert, liegt der Anteil der landwirtschaftlichen Exporte am Gesamtexport der Entwicklungsländer sogar bei durchschnittlich 60 %. Nach Untersuchungen der FAO erreicht in 24 Entwicklungsländern der Anteil der Landwirtschaft am Export nicht weniger als 80 %. Der Pearson-Bericht hebt hervor, daß 50 % der Exporterlöse von etwa der Hälfte aller Entwicklungsländer auf der Ausfuhr eines einzigen Rohstoffs beruhen, und 75 % dieser Länder verdienen mehr als 60 % ihrer Devisen aus dem Export von nur drei Rohstoffen.

Die schwankende Höhe der Deviseneinnahmen aus dem Rohstoffexport stellt einen großen Unsicherheitsfaktor dar, der die wirtschaftliche Planung erschwert. Das angestrebte Mindestziel besteht darin, die Rohstoffexporte — und damit die daraus zu erzielenden Erlöse — auf eine stabilere Basis zu stellen.

Schon die Welthandelskonferenzen 1964 und 1968 brachten heftige Debatten zum Rohstoffthema. Damals wurde ein vom UNCTAD-Sekretariat entwickeltes Konzept zur Debatte gestellt, wonach internationale Rohstoffabkommen dazu beitragen sollten, „ganz allgemein ein dynamisches und ständiges Wachstum anzuregen und eine vernünftige Vorausssehbarkeit bezüglich der realen Exporteinnahmen der Entwicklungsländer sicherzustellen, um sie mit wachsenden Ressourcen für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu versehen, wobei die Verbraucherinteressen in den Importländern berücksichtigt werden sollen. Dieses Ziel soll durch kostendeckende, gerechte und stabile Preise (renumerative, equitable and stable prices) für Rohstoffe erreicht werden...“ Darüber hinaus kam und kommt es der UNCTAD darauf an, Mittel und Wege zu finden, um im Zusammenhang mit der Erzeugung und dem Export von Rohstoffen einen über den Status quo hinausgehenden, höheren Transfer von Einkommen aus den entwickelten Ländern in die Entwicklungsländer als bisher zu erreichen.

Die Verwirklichung derartig weit gesteckter Ziele stößt aber auf außerordentliche Schwierigkeiten, die auch beim besten Willen der importierenden Länder kaum befriedigend zu lösen sind. Internationale Rohstoffabkommen können allenfalls einen ziemlich marginalen

— trotzdem nicht unwichtigen — Beitrag leisten. Dabei sind Exportquoten, ergänzt durch produktionsbeschränkende Maßnahmen, die unerläßliche Voraussetzung für eine Stützung oder Anhebung der Preise, und insofern kommt es vor allem auf Einigkeit der Exportländer untereinander an. An solcher Einigkeit fehlt es angesichts verschiedener Interessenlagen der einzelnen Entwicklungsländer noch häufig; man kann diesen wichtigen Aspekt nicht auf das Schuldkonto der Reichen abwälzen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß oft schon ein oder zwei Außenseiter in der Lage sind, ein Exportquotensystem zu verhindern oder zu zerstören. Auch ist es — aus Gründen, für die die Entwicklungsländer selbst verantwortlich sind — bisher für keinen Rohstoff gelungen, ein wirksames System von Produktionsbeschränkungen zu vereinbaren. Hier müssen sich die Entwicklungsländer zunächst einmal untereinander einigen.

Der Erfolg von produktionsbeschränkenden Maßnahmen hängt vor allem von der Durchführung horizontaler und vertikaler Diversifizierungsmaßnahmen ab, und insofern können die entwickelten Länder nützliche Hilfe (entwicklungspolitischer und handelspolitischer Art) leisten, vor allem, soweit es sich um die Erfolgchancen der vertikalen Diversifizierung handelt. Bei der horizontalen Diversifizierung geht es darum, einen Teil der Erzeugung eines einzigen oder nur weniger Rohstoffe (vor allem von Agrarprodukten) durch die Erzeugung anderer Rohstoffe zu ergänzen (z. B. statt des ausschließlichen Anbaus von Kaffee auch Anbau von Mais oder von anderen Nahrungsmitteln). Vertikale Diversifizierung bedeutet den Übergang von der Erzeugung eines Rohstoffes auf seine Aufbereitung und Weiterverarbeitung (z. B. Rohkaffee zu Kaffeepulver). Nur im Einzelfall, d. h. Rohstoff für Rohstoff, kann entschieden werden, welche Technik oder Methode den besten Erfolg verspricht. Es gibt kein Patentrezept für die Steigerung der Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten. Schlagworte wie „Internationale Marktordnung für Rohstoffe“ oder „Sicherung des Zugangs zu den Märkten“ besagen wenig, solange nicht praktikable Vorschläge zur Debatte stehen.

Angesichts der bisher gemachten Erfahrungen wäre es unrealistisch annehmen zu wollen, daß die Rohstoffexporte durch noch so umfassende Maßnahmen der „Marktordnung“, wie z. B. internationale Rohstoffabkommen



oder auch die Erhebung und Rückerstattung spezifischer Einfuhrabgaben, zur Hauptfinanzierungsquelle des Entwicklungsprozesses gemacht werden können. Zu hoch angesetzte Preise würden die Nachfrage dämpfen und gleichzeitig einen Anreiz zur Überschußproduktion bieten, außer wenn man einen Abnahmezwang einführt — ein utopischer Gedanke. Ferner darf bei jeder Preisanhebung die Gefahr der Substitutionskonkurrenz nicht übersehen werden. Nur bei Rohstoffen mit einer gegenüber gewissen Preisschwankungen unelastischen Nachfrage (z. B. Kaffee oder Tee) würde der Konsument die Last einer Einfuhrabgabe selbst tragen. Die Entwicklungspolitiker sollten diese Möglichkeit sorgfältig prüfen. Der über das Vehikel Rohstoffe mögliche Einkommenstransfer und der damit erstrebte Zuwachs der Deviseneinnahmen stößt also auf Grenzen, deren Überschreitung einen Bumerang-Effekt haben könnte.

Bei Rohstoffen, die nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den entwickelten Ländern erzeugt werden, sind es allerdings weniger objektive Sachzwänge, die einer Steigerung der Erlöse aus Rohstoffexporten entgegenstehen, als politische Entscheidungen der Industriestaaten, die durch umfassende Protektion ihre eigene Erzeugung vor der Konkurrenz der Entwicklungsländer abschirmen. Diese aus innenpolitischen und anderen Gründen für opportunistisch gehaltene Protektion trifft viele Rohstoffe als solche, aber auch die daraus erzeugten Halb- und Fertigwaren. Die den Entwicklungsländern gelegentlich gegebene Empfehlung, daß sie sich hinsichtlich der Deckung ihres Devisenbedarfs nicht ausschließlich auf ihre Rohstoffexporte verlassen dürften und sich strukturell der Situation durch Übergang auf völlig andere Aktivitäten, d. h. durch horizontale und vertikale Diversifizierung, „anpassen“ müßten, wird daher von den Entwicklungsländern als hypokritisch empfunden. Man vermißt Folgerichtigkeit bei den Reichen, die selbst nicht bereit sind, in ausreichendem Maße, wenn schon nicht zugunsten ihrer Konsumenten, so doch im Interesse der Entwicklung der armen Länder ihre eigenen überholten Strukturen anzupassen.

Der eindeutig standortbedingte Kostenvorsprung der Entwicklungsländer bei Erzeugnissen wie z. B. Zucker, pflanzlichen Fetten und Ölen kann sich wegen der bestehenden Protektion nicht auswirken; deshalb wird auch die beste Ordnung der Märkte den Entwick-

lungsländern solange wenig nützen, wie die entwickelten Länder nicht bereit sind, ihnen durch Abbau der Einfuhrschranken einen größeren Marktanteil als heute einzuräumen. Die Überspitzung der Protektion ist das Ergebnis des Drucks mächtiger Interessentengruppen. Ein besonders unerfreuliches Beispiel stellt die hochprotektionistische Zuckerpolitik der EWG dar. Sie hält nicht nur die überseeischen Produzenten vom EWG-Raum ab, sondern verursacht darüber hinaus Überschüsse, die mit Hilfe von erheblichen Subventionen in den Weltmarkt gepumpt werden und damit die Absatzmöglichkeiten der Entwicklungsländer noch weiter schmälern. Bisher hat man sich nicht einmal bereit gefunden, den tropischen Zuckerproduzenten wenigstens einen gewissen Anteil am Verbrauchszuwachs der kommenden Jahre zuzugestehen.

Es ist schwer, dem früheren Generalsekretär von UNCTAD, Raul Prebisch, zu widersprechen, wenn er auf dem 2. Welternährungskongreß der FAO im Sommer 1970 in Den Haag sagte: „Wenn es tatsächlich die Absicht gewesen wäre, eine Lage zu schaffen, die den Außenhandel der Entwicklungsländer ernsthaft stören würde, so wäre nichts zweckmäßiger gewesen, als die Situation herbeizuführen, die heute auf dem Zuckermarkt herrscht. Zum Nachteil der mit niedrigen Kosten produzierenden Entwicklungsländer fördern die Industrienationen ihre eigene Produktion trotz Höchstkosten.“ In die gleiche Richtung geht der Kommentar des Generaldirektors der FAO, A. H. Boerma: „Das Zuckerbeispiel ist ein Fall, in dem Schutzmaßnahmen die Industrieländer in eine Lage gebracht haben, die unhaltbar ist, gleichgültig, ob man sie unter weltwirtschaftlichen oder unter ethischen Aspekten betrachtet. Weit mehr als bei jedem anderen Rohstoff ist das ein Hohn auf die Theorie der komparativen Kosten, weil sie die Reichen zum Nachteil der Armen begünstigt. Obwohl diese Feststellung auf wenig Gegenliebe bei den Zuckerrübenproduzenten stoßen wird, entspricht sie dennoch der Wahrheit.“<sup>10)</sup>

Die gegenwärtige, offensichtlich vorübergehende Zuckerhaushalt auf dem Weltmarkt kann

<sup>10)</sup> Rede bei der 16. Generalkonferenz der Internationalen Föderation der landwirtschaftlichen Erzeuger — IFAP — in Tunis am 29. 4. 1969. Typisch für die Stärke der Zucker-Lobby z. B. in Deutschland ist es, daß eine Gruppe von 34 CDU-Bundestagsabgeordneten, unter denen sich der frühere EWG-Präsident Hallstein befand, die Bundesregierung kürzlich ersucht hat, sich für eine An-



keinesfalls als Rechtfertigung für eine protektionistische Zuckerpolitik in den entwickelten Ländern angeführt werden. Sollte tatsächlich die gesteigerte Nachfrage nach Zucker ein Dauerzustand werden, so müßte der zusätzliche Bedarf dort gedeckt werden, wo das wirtschaftlich vernünftig ist, d. h. in den tropischen Ländern.

Der Zugang tropischer Fette und Öle — die sich z. B. für die Margarineherstellung eignen — in die entwickelten Länder wird zugunsten der eigenen Butterprotektion sehr erschwert. Die starke Protektion der Reiserzeugung in Japan, den USA und in einigen südeuropäischen Staaten trägt zur Verzerrung der Lage auf dem Weltreisemarkt zu Lasten der Absatzmöglichkeiten der traditionellen Reisproduzenten bei. Der außerordentlich große japanische Reisüberschuß (z. Z. etwa 6 bis 8 Mio. Tonnen, die fast dem japanischen Jahresbedarf entsprechen) ist eine der Folgen davon. Auf dem internationalen Markt für Rind- und Kalbfleisch verhindert die — durch überspitzte veterinärpolizeiliche Bestimmungen noch verstärkte — Hochprotektion der meisten entwickelten Länder eine Ausnutzung des in einer Anzahl von Entwicklungsländern vorhandenen Produktionspotentials.

Ein anderes unerfreuliches und typisches Beispiel ist die Marktordnung für Wein, die nicht nur durch einen undurchsichtigen Interventionsmechanismus gekennzeichnet ist, sondern die auch durch überhöht angesetzte Preise den Anreiz für unwirtschaftliche Produktionsverlagerungen im Innern der EWG bietet, zum Nachteil z. B. von Marokko, Algerien und Tunesien. Andere Beispiele von Marktregulierungen, die die Interessen der Entwicklungsländer völlig vernachlässigen, sind die für Flachs, Hanf und für Tabak.

hebung des Zuckerrübenpreises um fast 17% einzusetzen (AGRA-EUROPE 14. 3. 1972). Überraschend ist ferner die Meldung (AGRA-EUROPE 7. 3. 1972), wonach eine Aussprache im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit ergab, „daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Weltversorgungslage für Zucker noch Raum für eine Ausweitung der Produktion (in der EWG) gebe“, und daß daher „die gemeinschaftliche Politik in diesem Sektor nicht zu Lasten der Entwicklungsländer“ gehe. Die augenblickliche — auf besondere Ursachen zurückzuführende — Zuckerhaushalt ändert nichts an der Richtigkeit der These, wonach unter dem Gesichtspunkt einer vernünftigen internationalen Arbeitsteilung die Zuckerproduktion vor allem in den Entwicklungsländern gefördert werden muß, während in den entwickelten Ländern die hohen Subventionen auf diesem Sektor abgebaut werden müssen.

Das Verhalten fast aller Industrieländer auf dem Gebiet der Agrarpolitik geht nicht konform mit den erklärten Zielen ihrer Entwicklungshilfepolitik. Dies gilt insbesondere — aber nicht ausschließlich — für die EWG. Im Vergleich zum Agrar-Protektionismus und -Dirigismus von heute mutet die europäische Agrar-Handelspolitik der fünfziger Jahre, die durch straffe Einfuhrkontingentierung charakterisiert war, fast harmlos an. Auch wenn die Agrarpolitiker in Brüssel und in den Landwirtschaftsministerien der sechs Mitgliedsländer es nicht wahrhaben möchten: die EWG hat sich auf dem Agrargebiet immer mehr von den Weltmärkten isoliert. Die sogenannten Marktordnungen streben unter Mißachtung des Gesetzes der Wirtschaftlichkeit viel zu einseitig vor allem die Sicherung des Absatzes der inländischen Produktion an. Es ist für die Entwicklungsländer ein schwacher Trost, daß auch die Handelspolitik der USA — wenn auch in anderer Weise — nicht konform ist mit den entwicklungspolitischen Zielsetzungen dieses größten westlichen Landes.

In der für ihn charakteristischen milden Methode der Formulierung stellt der Pearson-Report<sup>11)</sup> resigniert fest: „Dramatische Fortschritte in Richtung auf einen freien Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen können in kurzer Frist nicht erwartet werden.“ Immerhin fährt der Bericht dann fort: „Die entwickelten Länder könnten allerdings eine Anzahl von Maßnahmen zur Erleichterung der fraglichen Einfuhren ergreifen, die sowohl mit ihrer Landwirtschafts- wie ihrer Hilfspolitik vereinbar sind.“ Vielleicht hat es angesichts der vorwiegend geberorientierten Zusammensetzung des Pearson-Teams ein gewisses Gewicht, wenn sogar von ihm die formelle Empfehlung ausgesprochen wird, daß „die entwickelten Länder bezüglich der einfuhrgeschützten Waren Pläne entwerfen, um sicherzustellen, daß im Laufe der Zeit ein steigender Anteil des heimischen Verbrauchs durch Einfuhren aus den Entwicklungsländern gedeckt wird.“ Es sind allerdings Zweifel erlaubt, ob nicht heute schon die Handels- und Agrarpolitiker solche vernünftigen — ja ausgesprochen bescheidenen — Thesen des auf anderen Gebieten durchaus nicht immer überzeugenden Pearson-Berichts aus ihrer Erinnerung verdrängt haben. Ohne Bezugnahme auf den Pearson-Bericht forderte der Sozialist André Philip, früherer französischer Finanz-

<sup>11)</sup> A. a. O., S. 85 der englischen Fassung.



minister, im Sommer 1970 auf dem Zweiten Welternährungskongreß der FAO in Den Haag den Abschluß einer Reihe von internationalen Abkommen über einzelne Rohstoffe, in denen sich die reichen Länder verpflichten sollten, Importe aus den Entwicklungsländern we-

nigstens in Höhe des laufenden Zuwachses ihres nationalen Verbrauchs zuzulassen, und er plädierte für gewisse, in diesem Zusammenhang notwendige Strukturveränderungen in den entwickelten Ländern. Diese und andere Stimmen sind ohne Reaktion geblieben.

## Halb- und Fertigwaren

Sind die protektionistischen Maßnahmen der Reichen auf dem Rohstoffgebiet vorwiegend agrarpolitisch motiviert, so will die Protektion auf dem Gebiet der Halb- und Fertigwaren die breiten Fächer der industriellen und handwerklichen Verarbeitung sowohl landwirtschaftlicher als auch industrieller Rohstoffe schützen. Es ist heute eine triviale Feststellung, daß sich die Entwicklungsländer in zunehmendem Maße industrialisieren und insbesondere versuchen müssen, ihre eigenen Rohstoffe selbst zum Halb- oder Fertigprodukt zu verarbeiten. Ohne Industrialisierung ist an

eine Lösung des Beschäftigungsproblems nicht zu denken. Da die Möglichkeiten zur Exportsteigerung auf dem Rohstoffgebiet nicht unbegrenzt sind, während die Märkte von morgen den Halb- und Fertigwaren gehören, d. h. das weltwirtschaftliche Wachstum vorwiegend industriebestimmt sein wird, kommt den Exportmöglichkeiten für verarbeitete Güter außerordentliche Bedeutung zu. In den sechziger Jahren lag der Anteil der Entwicklungsländer an den Weltexporten von Halb- und Fertigwaren bei nur 6,5 Prozent, und von diesen Exporten entfielen etwa 75 Prozent auf nur 12 Entwicklungsländer.

## Potential der Entwicklungsländer

In den meisten Entwicklungsländern fehlen bisher die Voraussetzungen, um auf breiter Front auf den kaufkräftigen Märkten der Industrieländer konkurrieren zu können. Diese Rückständigkeit ist zum Teil eine Erbschaft aus der Kolonialzeit, in der die meisten Kolonialmächte alles taten, um zwar wichtige Rohstoffe in der Kolonie zu gewinnen (und zum Schaden des Landes die ganze Wirtschaft auf die Erzeugung eines oder weniger Rohstoffe auszurichten), sie aber dann im eigenen Lande zu verarbeiten. Viele Entwicklungsländer sind heute noch nicht zu einer Verarbeitung ihrer eigenen Rohstoffe zu Halb- oder Fertigwaren in der für die Weltmärkte erforderlichen Qualität in der Lage. Der Entwicklungshilfe, vor allem der technischen Hilfe und der „Handelshilfe“ liietet sich insofern ein großes und wichtiges Feld.

Hier allerdings ergibt sich ein tiefer Zielkonflikt mit der Handelspolitik, die den Halb- oder Fertigwaren der Entwicklungsländer den

Zugang zu den Märkten nicht ausreichend öffnet. Es trifft zwar zu, daß vielen Entwicklungsländern heute noch ein größeres Industrie- und damit Exportpotential fehlt. Aber auch für solche Erzeugnisse, für die die Entwicklungsländer standortmäßig (sei es z. B. klimatisch oder sei es im Hinblick auf die reichliche Verfügbarkeit von Arbeitskräften) relativ am stärksten wettbewerbsfähig wären, unterbleiben zahlreiche Investitionen, weil sie nur im Hinblick auf eine Kombination der Erzeugung für den Inlandsbedarf und den Export interessant sein würden. Die Zielsetzung, sich von Fertigwareneinfuhren aus den entwickelten Ländern unabhängig zu machen, d. h. die sogenannte Importsubstitution, ist wegen der unzureichenden inneren Nachfrage oft für sich allein kein ausreichender Anreiz für die Industrialisierung.

In einer besonders aktuellen Studie hat G. Fels für das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Jahre 1971 das Problem der Arbeitsteilung



zwischen Industrie- und Entwicklungsländern untersucht<sup>12)</sup>. Fels geht davon aus, daß in den Industrieländern die Arbeitskräfte knapp sind und dank der gewerkschaftlichen Organisationen über eine starke Marktstellung verfügen. Demgegenüber ist in den Entwicklungsländern das Angebot an Arbeitskräften, jedenfalls an weniger qualifizierten Kräften, reichlicher, die entweder gewerkschaftlich gar nicht oder weniger straff organisiert sind. Falls sich die Entwicklungsländer stärker in das System der internationalen Arbeitsteilung eingliedern wollen, müssen sie — wie Fels ausführt — ihre Ressourcen in jene Industriebranchen lenken, in denen sie komparative Vorteile haben. Andererseits müßten die Industrieländer in erster Linie aufhören, jene Branchen zu schützen, in denen ihre komparativen Nachteile liegen. Fels kommt auf Grund einer Untersuchung der Verfügbarkeit an Sach- und Ausbildungskapital in den einzelnen Branchen der deutschen Industrie in den sechziger Jahren zu dem Ergebnis, daß als „potentielle Konkurrenten der Entwicklungsländer... vor allem jene Branchen angesprochen werden (müssen), die relativ wenig Sach- und Ausbildungskapital absorbieren, d. h. den Produktionsfaktor ‚ungelernte Arbeitskraft‘ in relativ hohem Maße einsetzen“. Für die industrielle Spezialisierung in den Entwicklungsländern kommen also insbesondere diejenigen Industriezweige in Betracht, die zwar arbeitsintensiv sind, in denen aber der Kapitaleinsatz unterdurchschnittlich ist. Dies ist bei fast zwei Dritteln der Industriebranchen der Fall. Fels greift als Beispiele zwölf der am wenigsten kapitalintensiven Zweige heraus: Textilien und Bekleidung, Holzwaren, Ledererzeugnisse, Schuhe, Stahlverformung, Musikinstrumente, Spielwaren, Feinkeramik, Papier, Feinmechanik, Kunststoffherzeugnisse und elektronische Erzeugnisse. Auf diese Industriezweige entfielen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1969 47,8 Prozent der industriellen Einfuhren aus Entwicklungsländern, oder — wenn man Nahrungs- und Genußmittel ausklammert — sogar 84,3 Prozent.

Es besteht kein Zweifel, „daß die Einfuhren dieser Produkte aus Entwicklungsländern noch höher wären, wenn nicht unter den (erwähnten) Branchen gerade diejenigen beson-

ders zahlreich vertreten wären, die einen überdurchschnittlich hohen effektiven Importschutz genießen, sei es aufgrund des Eskalationseffekts, den die Struktur der Zölle bewirkt, sei es aufgrund nicht-tarifärer Handelshemmnisse“<sup>13)</sup>.

Die Lage in anderen Industrieländern dürfte etwa ähnlich wie in Deutschland sein, und man kann im allgemeinen zu dem Schluß kommen, daß sich die Entwicklungsländer stärker als bisher auf die Erzeugung der erwähnten Waren spezialisieren sollten, falls die Industrieländer sich zu einer liberalen Einfuhrpolitik entschließen könnten. Bei einem statistischen Vergleich in zwölf Ländern ergibt sich übrigens, daß die relativ geringste Kapitalintensität in den Branchen Schuhe, Bekleidung und Holzprodukte zu verzeichnen ist. Die Frage, ob es unter dem Gesichtspunkt einer dynamischen Entwicklung für die Entwicklungsländer lohnend sei, sich auf kapitalsparende Aktivitäten zu spezialisieren, die angeblich nicht zu den „Wachstumsindustrien“ gehören, beantwortet Fels mit Recht bejahend: „Wenn sich Entwicklungsländer auf arbeitsintensive Produktgruppen spezialisieren, können sie durchaus mit einer überdurchschnittlichen Expansion der Absatzmärkte dafür rechnen, vorausgesetzt natürlich, daß die Industrieländer ihnen nicht durch protektionistische Regelungen den Marktzutritt verwehren. Nicht nur eine divergierende Entwicklung der Standortbedingungen, sondern auch unterschiedliche Einkommenselastizitäten bewirken, daß Bereiche, die in Industrieländern relativ schrumpfen, in den Entwicklungsländern zu den Wachstumsindustrien gehören können.“ Dem wäre noch hinzuzufügen, daß die gegenteilige These ganz offenbar auch den Ernst des Beschäftigungsproblems verkennt. Eine hochmoderne, kapitalintensive Technologie, wie sie für entwickelte Länder angesichts des Mangels an Arbeitskräften angebracht ist, würde in Entwicklungsländern mit Massen von Arbeitslosen nicht durchweg in das Konzept einer gesunden Entwicklung passen.

Alles in allem kann nicht ernstlich bezweifelt werden, daß die meisten Entwicklungsländer ein beachtliches und ungenutztes Eigenpotential für die Steigerung ihrer Exporte an Halb- und Fertigwaren besitzen. Entscheidend für die Entwicklung dieses Potentials, d. h. die

<sup>12)</sup> G. Fels, Probleme der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, in: Die Weltwirtschaft 1971, Heft 1, S. 19 ff.

<sup>13)</sup> Fels, a. a. O.



Schaffung von Exportindustrien, ist jedoch der Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder, und insofern kommt alles auf deren Haltung an. Hier setzt die Diskussion, ja man

kann sagen der Kampf, im Rahmen der UNCTAD zwischen den Armen und den Reichen ein. Es geht um Zölle und um andere — nicht-tarifäre — Handelshemmnisse.

## Zölle

Die Einfuhr von Rohstoffen ist weitgehend zollfrei. Mit zunehmendem Verarbeitungsgrad der einzuführenden Ware steigen jedoch die Zölle. Daß bei diesem System der tatsächliche Schutz für das verarbeitete Erzeugnis erheblich höher ist als der nominelle Satz, zeigt das folgende, einer anderen verdienstvollen Untersuchung des Instituts für Weltwirtschaft<sup>14)</sup> entnommene Beispiel. Rohjute kann zum Preis von DM 80 je dz zollfrei importiert werden,

während Jutegarn, das frei Grenze DM 150 je dz kostet, mit nominell 8 Prozent Zoll, d. h. mit DM 12 belastet wird. Setzt man diese Zollschuld von 12 DM in Beziehung zu der im Einfuhrland vorgenommenen Wertsteigerung von DM 70, so ergibt sich eine Zollbelastung von effektiv 17,1 Prozent. Die deutschen Jutespinnereien sind also effektiv nicht mit nur 8 Prozent, sondern mit 17,1 Prozent vor der ausländischen Konkurrenz geschützt<sup>15)</sup>.

## Fragwürdige Zollpräferenzen

Die Entwicklungsländer haben seit langem die Einräumung einseitiger, also nicht reziproker Zollpräferenzen zu ihren Gunsten gefordert, d. h. von Zollbefreiungen oder wenigstens Zollermäßigungen. Die erste Sitzungsperiode der UNCTAD im Jahre 1964 in Genf brachte keine Zugeständnisse. Erst in der zweiten Sitzungsperiode im Jahre 1968 in Neu Delhi wurde die Gewährung von Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer im Grundsatz beschlossen. Die Ausführung des Beschlusses blieb den Mitgliedstaaten überlassen. Ende 1970 einigten sich 18 Industrieländer des Westens und fünf östliche Staatshandelsländer grundsätzlich darauf, den Entwicklungsländern für einen möglichst großen Bereich von Halb- und Fertigwaren Zollfreiheit zu gewähren.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gewährte daraufhin autonom mit Wirkung ab 1. Juli 1971 „Allgemeine Zollpräferenzen“ an 91 Entwicklungsländer bzw. abhängige Gebiete. Taiwan, Kuba und Israel sind bisher ebensowenig in die Regelung einbezogen wie

Spanien, Portugal, die Türkei, Griechenland und Malta. Japan folgte der EWG am 1. August 1971. Die EWG-Präferenzen wurden im Dezember 1971 bis Ende 1972 verlängert. Wenn man von dieser kurzen Befristung, die eine planmäßige Ausnutzung fast unmöglich macht, absieht, so könnte bei oberflächlicher Betrachtung die Initiative der EWG-Länder als ein fast revolutionärer und entwicklungspolitisch konformer Schritt gewertet werden. In manchen Reden und amtlich inspirierten Verlautbarungen wird daher auch der „Mut“ der EWG gelobt, einseitig die Zölle für einen wesentlichen Teil der Einfuhren aus den Entwicklungsländern abzubauen. Die „Führungsrolle“ der EWG wird dabei gern unterstrichen. Eine etwas nähere Betrachtung der Bestimmungen und eine Würdigung der bisherigen praktischen Erfahrungen dämpfen allerdings dieses positive Urteil erheblich.

Einleitend sieht die EWG-Präferenz-Regelung vielversprechend und lapidar vor, daß alle industriellen Halb- und Fertigwaren aus den

<sup>14)</sup> Siehe Glismann und Neu in: Probleme der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, in: Die Weltwirtschaft 1971, Heft 1, S. 62. Siehe auch Gunnar Myrdal, The Challenge of World Poverty, Pantheon Books, New York 1970, S. 293 f.

<sup>15)</sup> Siehe auch die Studie von Bela Belassa, Trade Liberalization among Industrial Countries, New York 1967, S. 178 ff., wo Beispiele über die Diskrepanz zwischen nominellen und effektiven Zollbelastungen gebracht werden.



Entwicklungsländern *zollfrei* eingeführt werden können. Gleichzeitig wurden bei etwa 150 landwirtschaftlichen Positionen die Zölle gesenkt. Wenn man aber weiter liest, so zeigt sich, daß von dem Grundsatz der völligen Zollfreiheit nicht nur auf dem besonders empfindlichen Agrarsektor abgewichen wird, sondern auch auf dem Industriesektor wesentliche Ausnahmen vorgesehen sind. Von der Zollbefreiung bleibt nur wenig übrig<sup>16)</sup>. Es wäre abwegig, die EWG-Präferenz-Regelung deshalb als Farce zu betrachten, aber eine Analyse der Präferenzen und die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß damit noch längst kein substantieller Durchbruch zur Zollfreiheit gegenüber den Entwicklungsländern erreicht wurde. Allenfalls kann man von einer ziemlich bescheidenen Geste guten Willens sprechen, der die eigentlichen Taten nun noch folgen müssen.

Von dem in der Präferenz-Regelung einleitend proklamierten Prinzip der vollen und sofortigen Zollfreiheit für industrielle Produkte wird insbesondere dadurch abgewichen, daß die Zollfreiheit nur bis zu einem bestimmten Einfuhrumfang, d. h. bis zur Höhe bestimmter Jahresplafonds gewährt wird, welche sich für jedes Erzeugnis nach dem Wert der cif-Einfuhren im Jahre 1968 (mit gewissen Zuschlägen) errechnen. Ferner darf kein einzelnes Entwicklungsland den jeweiligen Jahresplafonds zu mehr als 50 % ausnützen, und für Waren aus — gerade für die Entwicklungsländer so besonders wichtigen — Rohstoffen wie Baumwolle, Jute und Kokosfasern gelten noch zusätzliche Einschränkungen. Vor allem aber bestehen für sogenannte „sensible“ und „halbsensible“ (I) Waren Zollkontingente mit festem Aufteilungsschlüssel zwischen den Mitgliedsstaaten, wobei auf Deutschland 37,5 %, auf Frankreich 27,4 % und Italien 20 % entfallen. Der Schlüssel wird unter Berücksichtigung des Bruttosozialprodukts, der Bevölkerungszahl und des Volumens des Handels mit drit-

ten Ländern errechnet. Differenzierte statistische Überwachungsverfahren sollen das Funktionieren dieser Regelung sicherstellen. Die zollfreie Einfuhr ist lediglich für solche Warenpositionen nicht begrenzt, bezüglich derer die Entwicklungsländer ohnehin nicht liefern können. „Ruinöse“ Konkurrenz der Länder der Dritten Welt soll vermieden werden. Je besser die Liefermöglichkeiten der Entwicklungsländer sind, um so kleiner sind die zollfreien Plafonds. 60 bis 70 % der Importe an Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern sind als sensibel eingestuft und daher mengenmäßig begrenzt. Die Positivliste für Agrarprodukte beschränkt sich vor allem auf Positionen, die für den deutschen Markt nahezu uninteressant sind. Von einer wirksamen Förderung der Einfuhr aus Entwicklungsländern kann daher keine Rede sein.

Es ist nicht übertrieben, wenn der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels in seinem Jahresbericht 1970/71 die EWG-Regelung als „zu kompliziert, zu protektionistisch und zu dirigistisch“ charakterisiert. Der gleiche Verband hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Brandt, an die Bundesminister Schiller, Scheel, Eppler und Leber und an das EWG-Kommissionsmitglied Dahrendorf anerkannt, daß die EWG durch die Gewährung der Zollpräferenzen im Rahmen der UNCTAD-Beschlüsse in der Geschichte des internationalen Handels eine einmalige Initiative ergriffen und daß die Bundesregierung daran einen wesentlichen Anteil habe. In dem Schreiben heißt es dann aber weiter, daß die Präferenz-Regelung „nicht der anvisierte große Wurf der Welthandelspolitik geworden ist, sondern daß das gesamte System durch protektionistische Züge ebenso wie durch eine pedantische Verwaltungshandhabung unpraktikabel ist und dadurch die entwicklungspolitische Konzeption nicht zum Zuge kommt. Die Zielsetzung, den Entwicklungsländern durch Zollvorteile eine bessere Wettbewerbsfähigkeit im Export zuzusichern, wird mit dem gegenwärtig praktizierten Verfahren weitgehend zunichte gemacht. Ebenso wird der Anreiz zum Aufbau neuer Industrien in den Entwicklungsländern genommen; denn das an sich großzügig konzipierte Präferenzangebot ist weitgehend entwertet durch Einschränkungen, Beschränkungen, Ausnahmen, so vor allem durch die Schaffung von Zollkontingenten, Plafonds, Länderkontingenten, sowie durch den Ausnahmekatalog auf dem Textilsektor und durch eine nicht praktikable Ursprungsregelung. Die

<sup>16)</sup> Ein bekannter europäischer Entwicklungspolitiker erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Verlautbarung des Radiosenders ERIWAN. Auf die Rückfrage, ob es zuträfe, daß Iwan Iwanowitsch aus Kiew in der staatlichen Lotterie als ersten Preis ein Automobil gewonnen habe, antwortete der Sender: „Im Prinzip, ja.“ Dann allerdings hieß es weiter, der Lotteriegewinner sei nicht Iwan Iwanowitsch, sondern Petro Petrowitsch gewesen, und dieser lebe nicht in Kiew, sondern in Leningrad. Ferner habe es sich nicht um ein Automobil gehandelt, sondern um ein Fahrrad, und dieses habe Petro Petrowitsch nicht gewonnen, sondern es sei ihm gestohlen worden. . .







Das Gesagte gilt weltweit nicht nur für die Belastung durch Zölle, sondern auch für die von allen Ländern geübte Protektion nicht-tarifärer Art, hinsichtlich derer der Phantasie der Protektionisten keine Grenzen gesetzt zu sein scheinen. Diese, vor allem die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen, betreffen auch heute noch etwa 30 Prozent der Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern, welche nicht weniger als drei Viertel der Einfuhren aus diesen Ländern ausmachen, darunter insbesondere Textilwaren aller Art und verarbeitete Agrarprodukte<sup>17)</sup>. Verhandlungen über weitere Zollsenkungen müßten, wenn den Entwicklungsländern wirklich geholfen werden soll, von dem parallelen Abbau außer-tarifärer Maßnahmen begleitet werden<sup>18)</sup>. Auch verschleierte Formen des Protektionismus, wie sie sich in zunehmendem Maße in internationalen Kartellabsprachen bemerkbar machen, dürfen nicht außer acht gelassen werden. Das UNCTAD-Sekretariat hat für die bevorstehende Konferenz zu dem Thema der durch Kartelle praktizierten restriktiven Geschäftspraktiken eine spezielle Studie ausgearbeitet. In dieser wird auf die Gefahren hingewiesen, daß die Exporte von Industrieunternehmen in den Entwicklungsländern durch Kartelle und multinationale Gesellschaften künstlich beschränkt werden könnten. Es wird dargelegt, daß manche multinationalen Gesellschaften dem Export ihrer Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen in den Entwicklungsländern Restriktionen auferlegen. Als handelshemmend wird auch bezeichnet, daß manche multinationalen Konzerne ihre Tochtergesellschaften zwingen, Rohstoffe und Halbfabrikate nur bei der Muttergesellschaft zu kaufen, selbst wenn diese ihnen dafür

Preise in Rechnung stellt, die über den Marktpreisen liegen. Schließlich ist auch eine besonders moderne Form des Protektionismus nicht in ihrer Bedeutung zu unterschätzen, nämlich sogenannte „freiwillige“ Exportselbstbeschränkungen, für die es Beispiele vor allem auf dem Textilgebiet nicht nur gegenüber Japan, sondern auch gegenüber einer Anzahl von Entwicklungsländern gibt. Man kann solche freiwilligen Exportselbstbeschränkungsabkommen als ein besonders „modernes“ Instrument des Protektionismus bezeichnen. Sie spielen bei Baumwollwaren eine wichtige Rolle und stellen für diesen Sektor ein Mittel zur Einfuhrbeschränkung dar.

Mit welchen Mitteln die Entwicklungsländer bei ihren Exportbemühungen diskriminiert werden, zeigt ein Beispiel aus jüngster Zeit: Die Republik Elfenbeinküste — assoziiertes EWG-Mitglied — bemüht sich seit langem um die Zulassung ihrer Exponate auf der — übrigens vom Bund subventionierten — Frankfurter Interstoff-Messe, um ihre sich durch einen originellen Afro-Look auszeichnenden, attraktiven Baumwollgewebe auszustellen. Dieses Ersuchen wurde durch die Messeleitung unter Hinweis auf die — wie es in einem Kommentar hieß „selbstgestrickten“ — Zulassungsbedingungen abgelehnt. Der SPD-Abgeordnete Harry Tallert kritisierte das: „Da reden wir immer davon, man müsse den Entwicklungsländern die Märkte öffnen, aber wenn es darauf ankommt, dann sperrt man sie aus.“ Im bereits zitierten Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels meinte man dazu, daß die Interstoff-Messe mit ihrer Entscheidung den „Charakter eines Kartells der Industrienationen gegen die Entwicklungsländer“ angenommen habe.

## Das Anpassungsproblem

Wie sich zeigt, haben bisher die Bemühungen, die Handels- und Entwicklungspolitik widerspruchsfreier auszurichten, ziemlich magere Ergebnisse gehabt. Zeitungsmeldungen war nach Abschluß der Anfang 1972 zwischen der

EWG und den USA geführten Handelsbesprechungen zu entnehmen, daß sich Brüssel — ebenso wie vorher Tokio und Ottawa — bereit erklärt hat, im Jahre 1973 an einer breitangelegten Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT teilzunehmen. In diesen Verhandlungen sollen weitere Fortschritte in Richtung auf eine Liberalisierung angestrebt werden. Die Offent-

<sup>17)</sup> Siehe Eppler, a. a. O., S. 68 f.

<sup>18)</sup> Siehe Glismann und Neu, a. a. O., S. 70.



lichkeit in den Industrieländern ist noch längst nicht ausreichend darüber aufgeklärt, daß gewisse protektionistische Maßnahmen, welche gegenüber gleichstarken Handelspartnern vielleicht hingenommen werden können, im Verhältnis zu den Entwicklungsländern fragwürdig und widerspruchsvoll sind. Ein substantieller Abbau der Protektion gegenüber den Entwicklungsländern ist nicht ohne Anpassung, d. h. ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern möglich, und zwar sowohl auf dem landwirtschaftlichen wie auf dem industriellen Gebiet. Das Stichwort von der Notwendigkeit der „Anpassung“ („adjustment“) — und darum würde es sich handeln — weckt Emotionen, die sehr tief gehen, zumal sie den Geldbeutel mächtiger Gruppen berühren. Man scheut sich vor eigenen Anpassungsmaßnahmen, hält es aber für selbstverständlich, daß sich die wirtschaftlich schwachen Entwicklungsländer anpassen. Übersehen wird, daß diese finanziell dazu kaum in der Lage sind und daß ihnen durch die Haltung der protektionistischen Industrieländer eine Anpassung gerade auf den Gebieten, auf denen sie natürliche Wettbewerbsvorteile besitzen, besonders schwer, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Viele Industrieländer betreiben unter sehr hohem direkten und indirekten Kostenaufwand eine Politik der Marktinter-

vention (intern und an der Grenze) als Mittel des nationalen Einkommenstransfers, die — da sie dazu beiträgt, eine Anpassung zu vermeiden oder zu verzögern — sich für die Dritte Welt nachteilig auswirkt. „Wettbewerbsfähigkeit bei landwirtschaftlichen Exporten bedeutet mehr und mehr die Fähigkeit, sich in der Gewährung von Exporthilfe zu übertreffen.“<sup>19)</sup> Die Entwicklungsländer können aus finanzieller Schwäche an diesem „Wettbewerb“ ebensowenig teilnehmen, wie sie sich kostspielige interne Stützungsmaßnahmen leisten können.

Sie haben durchaus Verständnis dafür, daß der Anpassungsprozeß nicht von heute auf morgen vollzogen werden kann, wenden sich aber mit Recht dagegen, daß man auf seiten der Reichen unter dem Motto einer „realistischen“ Politik im Grunde nur um die sture Verteidigung eines überholten Status quo bemüht ist. Es gibt Handelspolitiker — und unter ihnen vor allem die Agrarpolitiker — die gern dem Wort Max Webers von der Notwendigkeit des Augenmaßes für das „jeweils Mögliche“ folgen, wobei sie allerdings das „Mögliche“ eng zu definieren bemüht sind. Man könnte im Zeitalter der Entwicklungshilfe die Webersche These auch abwandeln und von der Möglichkeit des Notwendigen sprechen, nämlich des entwicklungspolitisch Notwendigen.

## Das Linsengericht der Hilfe

Es wäre naiv, die überaus komplexe Problematik der Anpassung — vor allem auf dem Agrarsektor — nicht sehen zu wollen. Aber Anpassung muß sein, oder die gesamte Entwicklungshilfe wird unglaubwürdig. Man kann den Entwicklungsländern mit dem Linsengericht der Hilfe nicht auf die Dauer ihre doch im Grunde natürlichen Rechte abkaufen. Eine ehrlich gemeinte Entwicklungshilfe muß durch eine liberalere Handelspolitik ergänzt werden. Das bedeutet — kurz- oder mittelfristig — echte Opfer, die allerdings von der gesamten entwickelten Welt als einer Gemeinschaft und nicht allein von der Landwirtschaft oder von den Textil- oder Schuhfabrikanten oder anderen schwachen Industriezweigen getragen werden sollten. Langfristig dagegen liegt ein solcher Kurswechsel im Interesse aller, ja er ist eine Frage des Überlebens. Treffend formulierte das der Generaldirektor der FAO, A. H.

Boerma<sup>20)</sup>: „Zu welcher Politik auch immer man sich entschließt, sie muß so formuliert werden, daß die Last nicht fast gänzlich auf die Landwirtschaft entfällt, sondern von der Gemeinschaft getragen wird. . . Wir können einfach nicht erwarten, daß die Landwirte der entwickelten Länder angesichts der harten Probleme, vor denen sie stehen, und in Anbetracht ihrer relativ unterprivilegierten Lage in ihrer eigenen nationalen Gemeinschaft die Hauptlast einer Regierungspolitik tragen, die den Entwicklungsländern helfen will. . . Die Dritte Welt als ein Ganzes bedarf der Hilfe, die entwickelte Welt als ein Ganzes muß sie aufbringen.“ War Boerma für die Lastenverteilung

<sup>19)</sup> Rede des Generaldirektors der FAO, A. H. Boerma, vor dem Internationalen Verband der landwirtschaftlichen Erzeuger (IFAP), Paris, Mai 1971.

<sup>20)</sup> Vgl. Anmerkung 19.



bezüglich der Landwirtschaft sagte, gilt grundsätzlich auch — wenn auch abgeschwächt — für manchen betroffenen Industriezweig. Die entscheidende Frage ist freilich die, und auch darauf wies Boerma hin, inwieweit die Regie-

rungen wirklich den Willen haben, in diesem Sinne zu handeln. Wie Boerma ausführte, gibt es bisher nur wenige Anzeichen dafür, daß dieser politische Wille bei den meisten Regierungen schon vorhanden ist.

## Die deutsche Haltung

Man kann der Bundesregierung nicht vorwerfen, daß sie diese und andere damit zusammenhängenden Probleme verkennt. Wie es in der im Februar 1971 vom Kabinett verabschiedeten „entwicklungspolitischen Konzeption“ heißt, unterstützt die Bundesregierung „nachdrücklich die Bemühungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens („General Agreement on Tariffs and Trade“ — GATT) und der UNCTAD, den Außenhandel der Entwicklungsländer zu fördern und insbesondere den Abbau solcher Handelsschranken voranzutreiben, die sich dem Handel mit Grundstoffen, Halb- und Fertigwaren entgegenstellen. Sie wird sich dafür einsetzen, daß bei der Gestaltung und Durchführung der europäischen Agrarmarktorganisationen die Interessen der Entwicklungsländer in angemessener Weise berücksichtigt werden.“<sup>21)</sup> Im gleichen Dokument wird es auch als Auffassung der Bundesrepublik bezeichnet, daß „Maßnahmen zur Struktur Anpassung in Industrieländern wesentlich zur Steigerung der Ausfuhren der Entwicklungsländer beitragen“ können. Ferner

wird angekündigt, daß sich die Bundesregierung „in der EWG und in anderen internationalen Organisationen nach wie vor für eine liberale Außenwirtschaftspolitik einsetzen“ wird.

Man sieht, daß sich der Entwicklungsminister bei der Formulierung dieser Konzeption im Kabinett durchgesetzt hat, und es besteht auch kein Zweifel, daß Erhard Eppler aufrichtig an die Notwendigkeit glaubt, die formulierten Thesen in die Tat umzusetzen. Prüft man allerdings, was seit Februar 1971 handelspolitisch deutscherseits oder mit deutscher Zustimmung geschehen ist, so zeigen sich überaus magere Ergebnisse. Die mit deutscher Billigung verabschiedete EWG-Zoll-Präferenz-Regelung ist die einzige zugunsten der Entwicklungsländer getroffene handelspolitische Maßnahme — und wie problematisch sie ist, wurde oben dargelegt. Dabei bietet die Bundesrepublik immer noch das liberalste Bild unter den EWG-Ländern. Viele andere Länder besitzen noch nicht einmal auf dem Papier eine vernünftige entwicklungspolitische Konzeption.

## Das „Aktionsprogramm“ der EWG — kein „Sprengstoff“

Die unter dem Motto „Solidarität mit der Dritten Welt“ stehende Märzausgabe der von der Kommission selbst herausgegebenen Zeitschrift „Europäische Gemeinschaft“ berichtet über das von der Kommission der EWG am 2. Februar 1972 verkündete „Erste Aktions-

programm für die Neue Entwicklungspolitik“: Das Aktionsprogramm soll „eine neue Ära weltweiter Gemeinsamkeit eröffnen ... (und) die Kommission erweist sich wieder einmal als der Motor der Integration innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft.“ Nach dieser vielversprechenden Ankündigung liest man, daß Brüssel zwar zwei schwierige Fragenkomplexe — die Freizügigkeit der Wanderarbeiter und den Weltmarkt für Ölfrüchte — zunächst mit Stillschweigen übergangen habe, aber: „Das, was die Kommission jetzt vorschlägt, enthält Sprengstoff genug und läßt ernste Auseinandersetzungen mit großen Interessenten erwarten.“

<sup>21)</sup> Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade, herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1971, S. 28. Auszugsweise abgedruckt in der Sammlung: Entwicklungspolitische Dokumente 3 — Welthandel und Entwicklung, Wuppertal 1972, S. 89.



Wie sieht dieser „Sprengstoff“ aus? Auf dem Kaffeegebiet will sich „die Gemeinschaft rechtzeitig in die Verhandlungen einschalten, und sie faßt ihre Beteiligung an dem für die Produktionsplanung wichtigen Fonds ins Auge.“ Dazu ist zu bemerken, daß die „Einschaltung“ der EWG in die für 1973 zu erwartenden Verhandlungen über die Verlängerung des laufenden Internationalen Kaffeeabkommens sowie so längst eine Selbstverständlichkeit war. Bei dem „Fonds“ dürfte es sich um den bereits seit 1968 bestehenden Diversifizierungsfonds im Rahmen des geltenden Kaffeeabkommens handeln. Eine Beteiligung der EWG daran kann ebenfalls kaum als große Konzession gewertet werden, zumal die EWG längst ihre assoziierten Mitglieder auf dem Gebiet der Änderung landwirtschaftlicher Strukturen unterstützt. Bezüglich Kakao kündigt die Kommission an, daß sie versuchen wolle, „die wichtigsten Produktions- und Verbrauchsländer der Welt an einen Tisch zu bringen“. Jeder Kenner der Materie weiß, daß es nicht an Kontakten und Kontaktmöglichkeiten zwischen diesen Gruppen fehlt. Die EWG dürfte auf den Verlauf der Verhandlungen kaum größeren Einfluß haben als UNCTAD. Bei Zucker sieht sie „eine Möglichkeit, die assoziierten Länder dadurch zu unterstützen, daß der Zuckerrübenanbau in der Gemeinschaft kontingentiert und teilweise durch Lieferung aus Madagaskar und aus dem Kongo ersetzt wird“. Sicherlich ist

die Absicht löblich, sich endlich für eine Reduzierung des Zuckerrübenanbaus in der Gemeinschaft einsetzen zu wollen (was die automatische Folge einer Senkung der außerordentlich hohen Subventionen wäre). Aber werden die anderen Entwicklungsländer die gezielte Unterstützung von nur zwei assoziierten Ländern mit Freude aufnehmen? Als weiterer „großer Ansatzpunkt“ für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wird die technische Hilfe erwähnt, bezüglich derer es sich herumgesprochen haben sollte, daß es dafür weniger an finanziellen Mitteln aus bilateralen und multilateralen Quellen fehlt als an der Aufnahmefähigkeit vieler Entwicklungsländer. Wenn angekündigt wird, daß die Kommission „nicht weniger fordert als die rigorose Erhöhung der öffentlichen Leistungen auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts“, so handelt es sich dabei um eine alte — längst im UN-Bereich und anderswo erhobene — Forderung. Es ist sicher zu begrüßen, daß die Kommission sich diese Forderung nun auch zu eigen macht. Aber es fehlt dieser Ankündigung der Charakter des Sensationellen. Glaubt man wirklich in Brüssel, mit solchen „brisanteren“ Ideen den Entwicklungsländern ihre Hauptforderung auf substantielle handelspolitische Zugeständnisse abkaufen zu können? Z. B. würde eine durchgreifende Revision der unzureichenden Zoll-Präferenz-Regelung schon eher ein sensationelles Zugeständnis bedeuten.

## Aid — a softer option to trade?

Der Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierungen muß viel stärker werden, als es heute — teilweise aus mangelnder Kenntnis der nicht immer ganz einfachen Zusammenhänge — der Fall ist. Es geht darum, gegen eine starke und in ihren Methoden nicht allzu wählerische Lobby in den Industriestaaten anzugehen. Bisher ist es der Lobby der Interessentengruppen, zu denen leider auch manche Gewerkschaften zu rechnen sind, gelungen, jeden Versuch eines substantiellen Einbruchs in den jeweiligen Interessenbereich zu stoppen <sup>21a)</sup>. Selbst so maßvolle Anregungen wie

z. B. die von André Philip sind in den Wind gesprochen, und sie werden es bleiben, wenn die öffentliche Meinung den vollen Ernst des Problems nicht erkennt. Politiker und Staatsmän-

---

waren aus Ländern mit billigen Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit noch weiter vergrößern werde. In solchen Fällen besteht ein Widerspruch nicht nur zwischen Handelspolitik und Entwicklungspolitik, sondern auch zwischen Handelspolitik und interner Konjunktur- bzw. Sozialpolitik. Eine entwicklungspolitisch konforme Handelspolitik würde zur Voraussetzung haben, daß man zunächst einmal das eigene Haus durch eine Politik in Ordnung bringt, die die Ursachen für die Massenarbeitslosigkeit beseitigt. Hier zeigt sich, welche ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden sind, um in einer Reihe von wichtigen Industrieländern die Handelspolitik auf einen mit der Entwicklungspolitik konformen Nenner zu bringen.

<sup>21a)</sup> Die Gewerkschaften in Ländern mit großer Arbeitslosigkeit, wie z. B. den USA und Großbritannien, operieren natürlich mit dem Argument, daß die Erleichterung des Imports von Industrie-



ner, die dem Druck der Lobby ausgesetzt sind und ihm nachgeben, versuchen, ihr schlechtes Gewissen teilweise durch Gewährung von direkter Entwicklungshilfe zu besänftigen, und es werden Hunderte von Millionen, ja Milliarden für Kapitalhilfe und für technische Hilfe gewährt, während es eigentlich und in erster Linie darauf ankommen sollte, den Entwicklungsländern die Chance zur Selbsthilfe durch Exporte nicht völlig zu verbauen. Man predigt das Schlagwort „trade not aid“, zieht aber die Gewährung von mehr Hilfe vor.

Lester B. Pearson<sup>22)</sup> hat diese egozentrische Haltung wie folgt gegeißelt: „Es ist eine ganz andere Sache, wenn man ersucht wird, statt 100 Mio. Dollar als Geschenk oder Anleihe zu geben, aus dem Lande, dem man helfen möchte, einige Millionen Hemden einzuführen. Diese Einfuhr kann das Ergebnis der gut organisierten heimischen Produzenten unterbieten ... In einem solchen Zwiespalt kann das langfristige wirtschaftliche Interesse gegenüber dem kurzfristigen politischen Druck unterliegen. Der Gesetzgeber ebenso wie die Regierung haben dann zu entscheiden, ob die Entwicklung in Ostasien wichtiger ist als Wählerstimmen im ‚Middle West‘. Sie müssen darüber befinden, ob sie durch staatsmännisches Handeln vielleicht ihren Posten riskie-

ren wollen, oder ob sie ihn als Politiker halten möchten ... Es ist daher nicht verwunderlich, daß es Leute gibt, die Entwicklungshilfe dem Handel als eine mildere Alternative („softer option to trade“) vorziehen.“ Mit anderen Worten: Trotz der Problematik der Kapitalhilfe bleibt man weiter bemüht, die sogenannte Handelslücke durch Gewährung weiterer Kapitalhilfe zur Förderung der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt zu schließen, hält aber die Produkte vom eigenen Markt fern.

Das Anpassungsproblem wird auf der bevorstehenden Sitzungsperiode von UNCTAD eine wichtige Rolle spielen. Es steht leider bereits vor der Konferenz so gut wie fest, daß die Industrieländer — auch die des Ostblocks — mit leeren Händen dastehen und nur bemüht sein werden, ihre mangelnde Bereitschaft zu echten Konzessionen durch unverbindliche, in die Zukunft weisende Grundsatzserklärungen zu verhüllen. Das Thema der Anpassung auf dem Agrargebiet („International Agricultural Adjustment“) wird eines der Hauptthemen auch der FAO-Konferenz im Herbst 1973 sein. Es wird auch dort an unverbindlichen Phrasen nicht fehlen. Aber werden es mehr als „Worte, Worte, nichts als Worte“ sein?

## Minimalziel: Stillhalteverpflichtung

Auch wer die Aussichten für substantielle Fortschritte in der bevorstehenden Sitzungsperiode von UNCTAD pessimistisch beurteilt, sollte wenigstens eine Hoffnung nicht aufgeben: daß es gelingen möge, auf dem Gebiet der Handelspolitik eine Art von *Stillhalteverpflichtung* aller Industrieländer zu erwirken, d. h. eine verbindliche Zusage, die bestehenden Schutzmaßnahmen auf tarifärem und nicht-tarifärem Gebiet gegenüber den Entwicklungsländern nicht noch weiter zu verschärfen. Eine derartige Verpflichtung müßte den Industrie- und den Agrarsektor betreffen und könnte vielleicht der bescheidene Ausgangspunkt für einen überfälligen Zeitplan zur schrittweisen Verringerung und schließlichen Beseitigung der Handelshemmnisse gegenüber den Entwicklungsländern werden.

Wie gering die reale Aussicht für einen schnellen und substantiellen Abbau der Handelshemmnisse auf dem besonders komplexen Agrarsektor ist, ergibt sich aus einer Erklärung, die der Generalsekretär des mächtigen internationalen Verbandes der landwirtschaftlichen Erzeuger (IFAP), Roger Savary, in einem Hearing des USA-Kongresses im März 1970 abgab: „Das einzige, was wir erreichen können, ist ein aufgeklärter Agrarprotektionismus. Schon ein solcher würde einen ungeheuren Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Chaos darstellen ... Falls ein aufgeklärter Protektionismus statt eines engstirnigen und nur nach innen schauenden Protektionismus das Maximum unserer Hoffnung darstellt, so ist es nicht zu spät, um eine realistische Politik für den internationalen Agrarhandel in den siebziger Jahren zu entwickeln.“

Daß selbst eine Aufrechterhaltung des handelspolitischen Status quo keine Selbstver-

<sup>22)</sup> The Crisis of Development, Praeger Publishers, New York 1970, S. 82.



ständigkeit ist, zeigt die Tatsache, daß die größte und reichste westliche Nation, die Vereinigten Staaten, sich im August 1971 nicht gescheut hat, durch einseitige Maßnahmen zusätzliche Einfuhrhemmnisse zu verfügen. Eine feierlich im Rahmen von UNCTAD weltweit eingegangene Stillhalteverpflichtung der oben angedeuteten Art bietet zwar angesichts der laufend auf handelspolitischem Gebiet zu verzeichnenden Vertragsbrüche keine Garantie dafür, daß wenigstens der Status quo nicht verschlechtert wird; aber sie würde vielleicht doch für manch einen Staatsmann, der sich seiner internationalen Verantwortung bewußt ist, eine zusätzliche moralische Bremse bedeuten.

„Die Sorge um die Dritte Welt (muß) eine Dimension unserer Gesamtpolitik“ (einschließlich der Handelspolitik) werden<sup>23)</sup>. Alle Politiker, insbesondere aber diejenigen, die sich mit Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik befassen, sollten die folgende fundamentale These Eppers zur Kenntnis nehmen: „Ohne eine Wende der Handelspolitik wird auch verstärkte Entwicklungshilfe verpuffen: der Verlust jedes weiteren Prozents am Welthandel bedeutet für die Entwicklungsländer derzeit soviel wie zwanzig Prozent des gesamten Kapitaltransfers aus westlichen Industrieländern.“<sup>24)</sup>

Die vorstehende Analyse der Fakten und Zusammenhänge zeigt, daß zwischen der Handels- und Entwicklungspolitik in der Tat ein großer Widerspruch besteht. Wenn wenigstens diese Erkenntnis sich allgemein durchsetzen würde, so wäre das bereits ein kleiner Schritt in Richtung auf die Lösung der Probleme. Allerdings ist es theoretisch ziemlich einfach, ganz allgemein die Forderung nach einer entwicklungspolitisch konformen Handelspolitik zu stellen. Viel schwerer fällt es, auch noch so geringe praktische Fortschritte zu erzielen, denn Abbau des Protektionismus bedeutet den Einbruch in vielfältige und seit langem etablierte Interessensphären. Sogar auf dem Gebiet der Industriewaren wird es schwer sein, zugunsten der Entwicklungsländer durch handelspolitische Maßnahmen eine raschere und umfassendere Hilfestellung als bisher zu geben. Noch unvergleichbar viel schwerer ist der Abbau des Agrarprotektionismus, da die Regierungen aller entwickelten Länder fest da-

von überzeugt sind, daß sie, wenn überhaupt, nur mit größter Behutsamkeit an die Anpassung der überholten Strukturen herangehen dürfen.

T. K. Warley, ein führender kanadischer Agrarökonom, hat das mit fast brutal anmutender Offenheit festgestellt: „Es ist wichtig, daß wir für die voraussehbare Zukunft den Mythos aufgeben, die landwirtschaftliche Erzeugung und der Handel könnten von den simplen Thesen des komparativen Vorteils und des Marktmechanismus bestimmt werden. Es gibt kein Land, in dem die Regierung bereit ist, der Landwirtschaft ein rein marktwirtschaftliches System aufzuzwingen ... Es ist eine Illusion, wenn man erwartet, daß Regierungen — und insbesondere europäische Regierungen — den Agrarprotektionismus und die Interventionspolitik aufgeben werden.“<sup>25)</sup> Warley warnt auch davor, an der Forderung festzuhalten (wie es z. B. die USA tun), daß Abmachungen auf dem Gebiet des Agraraußenhandels nur parallel und im gleichen Tempo wie Abmachungen auf dem Gebiet des Außenhandels mit gewerblichen Erzeugnissen abgeschlossen werden dürften: „Das ist nicht nur unproduktiv, sondern sogar schädlich, da es einen konstruktiven Dialog und die Suche nach mehr Erfolg versprechenden Wegen und Lösungen versperrt.“

Solche „realpolitischen“ Einsichten und die These von der Notwendigkeit eines „aufgeklärten“ Agrarprotektionismus dürfen freilich kein Anlaß sein, eine rückhaltlose klare Analyse der Fakten und Zusammenhänge zu unterdrücken, wie es manche Interessentengruppen gerne möchten. Das Bewußtsein und damit das Gewissen der Politiker und der breiten Öffentlichkeit bedürfen der Schärfung durch ständige Konfrontierung mit den Tatsachen.

Zusammenfassend ist festzustellen: Zwar haben weite Kreise auch in den reichen Ländern erkannt, was die „weltpolitische Stunde“<sup>26)</sup> geschlagen hat. Aber keine westliche oder östliche Regierung ist bereit, daraus handelspolitisch die notwendigen Konsequenzen zu zie-

<sup>23)</sup> Epper, a. a. O., S. 35.

<sup>24)</sup> A. a. O., S. 70.

<sup>25)</sup> Vortrag über „Problems and Prospects in Atlantic and Continental Agricultural Trade“ an der Universität Guelph, Ontario, 27. 9. 1970 (auszugsweise abgedruckt in: World Agriculture, Vierteljahrsschrift der International Federation of Agricultural Producers, Juli 1971).

<sup>26)</sup> Siehe Klaus Lefringhausen in: Entwicklungspolitische Dokumente 3 — Welthandel und Entwicklung, Wuppertal 1972, S. 22 ff.



hen. Auch auf der Dritten Sitzungsperiode von UNCTAD in diesem Jahr ist nicht damit zu rechnen, daß wesentliche Fortschritte in Richtung auf die überfällige Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft erzielt werden können. Die Armen werden die Konferenz als eine „Bettlerkonferenz“ ansehen. Die Verantwortung dafür liegt vor allem bei den reichen Ländern. Da die Länder der Dritten Welt angesichts der Hinhaltetaktik der Reichen keine Zeit haben, noch Jahrzehnte auf einen handelspolitischen Wandel (im Westen

und im Osten) zu warten, müssen sie in zunehmendem Maße autarkistische Tendenzen verfolgen<sup>27)</sup>. Das bedeutet große Opfer und dürfte kaum ohne die Anwendung autoritärer, ja totalitärer Methoden zu verwirklichen sein, wobei das chinesische Beispiel nicht übersehen werden kann. Die „Proletarier der Welt“ werden näher zusammenrücken und der Gegensatz zwischen den Armen und den Reichen wird sich noch weiter verschärfen. Mit einer weltweiten Klassenkampf-Diplomatie nach chinesischem Muster ist zu rechnen.

### Das Problem des „Link“

Angesichts der Aussichtslosigkeit aller bisherigen Versuche, die Grundprobleme der Entwicklungshilfe — und unter ihnen das der handelspolitischen Komponente — zu lösen, ist es verständlich, daß nach anderen, neuen Lösungsmöglichkeiten Ausschau gehalten wird. Nicht nur in den Entwicklungsländern wird zur Zeit lebhaft die Frage diskutiert, ob sich die seit kurzem im Rahmen des Internationalen Währungsfonds eingeführten Sonderziehungsrechte zu einem Instrument der Entwicklungsfinanzierung, d. h. des entwicklungspolitisch erwünschten Einkommenstransfers von reich auf arm, ausbauen lassen könnten<sup>28)</sup>. Und zwar lautet die Kernfrage, ob die Sonderziehungsrechte, die bisher nur die Funktion hatten, die internationale Liquidität zu verbessern, auch dazu verwendet werden können, um einen Dauertransfer von Realmitteln und eine Umverteilung des Welteinkommens zu bewirken. Zur Zeit sind die Sonderziehungsrechte nur zum Ausgleich für Notfälle bei kurzfristigen Zahlungsbilanzdefiziten da und nicht zur Finanzierung für langfristige Entwicklungsvorhaben. Es ist schwer einzusehen, wieso die

Verwendung der Sonderziehungsrechte<sup>29)</sup> für Zwecke der Entwicklungshilfe *nicht* den gleichen inflationistischen Effekt haben kann wie das Ingangsetzen der Notenpresse. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank prüfen z. Z., ob es Wege gibt, das Instrument der Sonderziehungsrechte auch für langfristige Finanzierungszwecke zugunsten der Entwicklungsländer zu verwenden, ohne daß dadurch ernstere inflationistische Gefahren entstehen, als das heute schon bei der Ausnutzung dieser Rechte durch entwickelte Defizitländer der Fall ist. Auch eine Autorität auf dem Gebiet der Währungstheorie wie Gottfried Haberler sieht in der Koppelung („link“) zwischen der Schaffung solcher zusätzlicher Liquiditätsreserven und der Entwicklungshilfe ernste, inflationistische Gefahren. Ferner bestehen Bedenken, daß die angeregte Koppelung die Last der Entwicklungshilfe zwischen den Geberländern weniger gerecht aufteilen würde, als es bei einer Aufschlüsselung entsprechend dem Bruttosozialprodukt der Fall ist. Man tut den echten Interessen der Entwicklungsländer sicher keinen guten Dienst, wenn man das für den kurzfristigen Liquiditätsausgleich bestimmte System der Sonderziehungsrechte ver-

<sup>27)</sup> Manche Kritiker der Entwicklungshilfe vertreten die These, daß die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft den Zustand der wirtschaftlichen Rückständigkeit verstärke und verewige. Daher wird den armen Ländern, die ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen verändern wollen, empfohlen, dies durch eine Politik zu tun, die nach innen statt nach außen schaut. Siehe Samir Amin, *Development and Structural Change: The African Experience 1950—1970*, in: *Journal of International Affairs*, Vol. 24 (No. 2, 1970) S. 204.

<sup>28)</sup> Einen Auszug aus einem einschlägigen UNCTAD-Dokument vom 15. 6. 1971 bringt die in Fußnote 26 zitierte Sammlung.

<sup>29)</sup> Das seit 1970 praktisch angewendete System der Sonderziehungsrechte (SZR) ist gelegentlich als ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Schaffung eines internationalen Giralgeldes gefeiert worden. SZR können jedem Mitgliedsland des Internationalen Währungsfonds entsprechend seiner Fondsquote gratis zugeteilt werden. Im Rahmen dieser Zuteilung kann der Inhaber im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten fordern, daß ihm ein entsprechender Betrag von Devisen eines anderen Mitgliedslandes zur Verfügung gestellt wird.



wässert. Das Spiel mit den Sonderziehungsrechten ist ein gefährliches Spiel, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Frage vor allem deswegen — insbesondere von den Entwicklungsländern — so in den Vordergrund gerückt ist, weil man erkennt, daß es kurzfristig keine alternativen Vorschläge zu einer substantiell verstärkten Entwicklungshilfe gibt. Die Reichen halten sich

weder an das im Pearson-Bericht gesetzte Minimalziel, wonach sie 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Hilfe aufbringen sollen, noch sind sie bereit, sich handelspolitisch richtig zu verhalten. Manch ein industrielles Land kokettiert mit dem Gedanken des „link“ deswegen, weil es glaubt, sich dadurch Erhöhungen in seinem Entwicklungshilfe-Budget zu ersparen — ein gefährlicher Trugschluß.



## **Peter Glotz: Systemüberwindende Reformen? Strategische Überlegungen zur Technik von Machterwerb und Machterhalt in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/72, S. 3—23

Dieser Beitrag setzt sich mit den theoretischen Grundlagen des sogenannten linken Flügels in der SPD auseinander — einer Gruppe, in der seit langem ein Konzept „systemüberwindender Reformen“ bzw. „antikapitalistischer Strukturreformen“ für die Bundesrepublik Deutschland diskutiert wird. Als Quellen für die Rekonstruktion dieses Konzepts im ersten Teil der Untersuchung benutzt Glotz die von den Jungsozialisten beschlossenen Papiere — etwa die „Thesen zur polit-ökonomischen Analyse und zu strategischen Ansätzen“ — als auch die Arbeiten von André Gorz und Lelio Basso, deren Gedanken entscheidenden Einfluß auf dieses Konzept ausgeübt haben. Ungeachtet der identischen Grundsätze gibt es allerdings aufgrund der unterschiedlichen Beurteilung des politischen Alltagskampfes, wie er sich Gorz und Basso in Frankreich bzw. Italien einerseits und den Jungsozialisten in der Bundesrepublik andererseits darstellt, wesentliche Differenzen in der Durchsetzungsstrategie. Darauf wird im Hauptteil der Arbeit eingegangen, in dem Argumente gegen eine Rezeption von Gorz und Basso in der Bundesrepublik mit einer Kritik sowohl an deren politischer Strategie als auch an der der Jungsozialisten verbunden und in fünf Thesen zusammengefaßt werden. Es sind Überlegungen über die Durchsetzbarkeit bestimmter Ziele unter bestimmten politischen Konstellationen. Über die Rolle der Gewalt urteilt der Verfasser, man könne nicht ‚grundsätzlich‘ dafür oder dagegen sein, sondern müsse jeweils abwägen. Eines dürfe man allerdings nicht: sich über die Folgen bestimmter strategischer Maßnahmen täuschen. Gerade dies aber sei denen vorzuwerfen, die heute von systemüberwindenden Reformen sprächen und nicht die Konsequenzen ihres Handelns bedächten.

Im letzten Teil seiner Analyse formuliert der Autor die an die Adresse der Sozialdemokratie gerichtete Erkenntnis, daß nur dann eine Chance besteht, wenigstens einen Teil jener jungen Leute zurückzuholen — die heute auf eine sozialistische Sozialphilosophie und eine Strategie systemüberwindender Reformen schwören und ohne die die SPD in 20 Jahren eine ‚Quantité négligable‘ sein würde —, wenn der heute zumeist negativ gebrauchte Begriff des Reformismus umgewertet und mit Hilfe der praktischen Vernunft positiv begründet wird. (Die Redaktion)

## **Otto Matzke: Der Widerspruch zwischen Handels- und Entwicklungspolitik. Eine Bilanz anläßlich der Welthandelskonferenz in Santiago de Chile**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/72, S. 25—44

Die Handelspolitik der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern gehört zu den Hauptthemen der vom 13. April bis 19. Mai 1972 in Santiago de Chile stattfindenden Dritten Welthandelskonferenz (UN Conference on Trade and Development— UNCTAD). Je mehr die Entwicklungsländer in den Welthandel eingeschaltet werden, um so weniger werden sie auf Entwicklungshilfe angewiesen sein. Die entwickelten Länder bekennen sich zwar zum Prinzip der internationalen Arbeitsteilung, sie verteidigen aber nach wie vor protektionistische Positionen, die ihren entwicklungspolitischen Deklamationen nicht entsprechen. Es werden Milliarden für Kapital- und technische Hilfe ausgegeben, während es in erster Linie darauf ankommen sollte, den Entwicklungsländern die Chance zur Selbsthilfe durch Erleichterung ihrer Exporte nicht zu verbauen. Eine der Entwicklungspolitik konforme Handelspolitik müßte für die Erzeugnisse der Dritten Welt — und zwar für Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren — die noch bestehenden Handelsschranken so schnell und so umfassend wie möglich beseitigen. Allerdings ist ein Abbau der Protektion gegenüber den Entwicklungsländern nicht ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern möglich, und zwar sowohl auf landwirtschaftlichem wie auf industriellem Gebiet.

Die von der EWG seit 1971 gewährten „Allgemeinen Zollpräferenzen“ an 91 Entwicklungsländer stellen zwar eine Geste des guten Willens dar, sind aber zu kompliziert, zu protektionistisch und zu dirigistisch. Die eigentlichen Taten müssen den großen Worten noch folgen. Es ist auch eine gefährliche Illusion zu glauben, daß die seit kurzem im Rahmen des Internationalen Währungsfonds eingeführten Sonderziehungsrechte zu einem Instrument der Entwicklungsfinanzierung ausgebaut werden können. Eine Verwendung der Sonderziehungsrechte für Zwecke der Entwicklungshilfe birgt ernste inflationistische Gefahren in sich.

Auch während der laufenden Sitzungsperiode von UNCTAD ist nicht damit zu rechnen, daß wesentliche Fortschritte in Richtung auf die überfällige Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft erzielt werden können.